Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 8.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 294. Freitag, den 16. Dezember 1921. 28. Jahrgang.

Deutschlands Zahlungsunfähigkeit.

Eine Note der Regierung an die Reparationskommission.

SPD. Berlin, 15. Dezember. (Drahtbericht.)

Die Reichsregierung wird der Reparationskommission in einer Note mitteilen, daß sie nicht in der Lage ist, die am 15. Januar fälligen Verpflichtungen voll zu leisten. Ihre Bemühungen, bei der englischen Bank einen Kredit zu erlangen, seien mit der Begründung abgelehnt worden, daß es unmöglich sei, der deutschen Regierung eine Anleihe zu gewähren, solange die schweren Reparationsbedingungen des Londoner Ultimatums aufrechterhalten werden.

* * *

Wortlaut der Note.

WTB. Berlin, 15. Dezember.

Der Reichskanzler hat an den Präsidenten der Reparationskommission in Paris nachstehendes Schreiben gerichtet:

Herr Präsident!

Wie ich der Reparationskommission bei ihrer letzten Anwesenheit in Berlin erklärt habe, ist die deutsche Regierung auf das ernstlichste bemüht gewesen, die beiden nach dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 bevorstehenden Zahlungen zu sichern. Da dies nur mit Hilfe einer im Auslande aufzunehmenden Anleihe gelingen könnte und hierbei eine wesentliche Mitarbeit der englischen Finanzwelt unerläßlich war, hat die deutsche Regierung in England wegen einer solchen Anleihe verhandelt. Von maßgebender Stelle ist ihr jedoch erwidert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgebend sein werden, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei, und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristiger Bankkredit. Unter diesen Umständen kann die deutsche Regierung nicht mehr damit rechnen, daß es ihr gelingen wird, diese Beträge in voller Höhe zu beschaffen, die nötig wären, um die am 15. Januar und 15. Februar 1922 fälligen Raten zu bezahlen. Selbst bei aller Anstrengung und unter Nichtachtung ihrer budgetären Lage, wird die deutsche Regierung für diesen Termin außer den Wert der Sachleistungen und der Gutschrift aus dem Recovery-Act nicht mehr als ungefähr 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, bei der Reparationskommission für den nichterfüllbaren Restbetrag der Raten vom 15. Januar und 15. Februar Zahlungsaufschub zu beantragen. Sie beschränkt sich zunächst auf diesen Antrag, obwohl sie sich bewußt ist, daß sie bei den nächstfolgenden Raten gleichfalls mit Schwierigkeiten zu rechnen haben wird.

Genehmigen Sie usw. gez. Wirth.

Die Note ist zugleich den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht.

* * *

Dr. L. Lübeck, 16. Dezember.

„Es gilt den Tatsachen klar ins Auge zu sehen. Die Gefahr wirtschaftlicher Krise steigt drohend am Horizont des deutschen Volkes auf; Markentwertung und Teuerung werden wechselweise schwere Nackenschläge auf alle Lohn- und Gehaltsempfänger niedersausen lassen. Trübe Weihnachten und ein hungriger Silvesterabend stehen am Tor des neuen Jahres. Mit sausender Geschwindigkeit treibt Deutschland dem wirtschaftlichen Abgrund zu. Und die Regierung steht daneben, wie ein hilfloses Kind, und weiß sich nicht zu helfen. In den Steuerausschüssen spielt man Komödie, während der Dachstuhl brennt.

Möge sich die Regierung endlich des Ernstes der Lage bewußt werden! Mögen auch die Parteien einsehen, daß nur noch rasche und entschlossene Tat uns retten kann. Nicht auf das Wohlwollen der Entente können wir zählen, sondern nur auf unsere eigene Entschlußkraft. Wir brauchen eine harte Faust, die den Besitz an der Gurgel packt und ihn rücksichtslos vor den Wagen des Reiches spannt. Aber die Zeit drängt. Heute ist es noch Zeit, den äußersten Gefahren zu begegnen; morgen kann es zu spät sein."

Diese Sätze schrieben wir vor beinahe zwei Wochen, am 5. Dezember, hier nieder; an dem Tage, der den nerbittlichen Hinweis der Reparationskommission auf die fälligen Zahlungen gebracht hat. Heute können wir sie Wort für Wort wiederholen. Man hat verhandelt, man hat von allen möglichen Verhandlungen geredet; aber getan hat man sehr wenig.

Und nun weiß die Regierung keinen anderen Ausweg mehr, als die Erklärung ihrer Unfähigkeit, die fälligen Zahlungen völlig zu leisten. War das nötig? Kann es uns irgend etwas nützen? Wir fürchten, daß Wirth mit diesem Schritt sein erstes großes Fiasko erleiden wird. Der Erfolg dieses verzweifelten Schrittes wird genau der sein, den wir ebenfalls am 5. Dezember vorhergesagt haben: „Die Mark wird wieder in einen Abgrund versinken, wie er vorher niemals tiefer war. Die Hochfinanz hat am Steigen der Mark Milliarden verdient, auf Kosten der kleinen Diebe, die auch ein bißchen spekulieren wollten. An dem Niedergang wird sie die gleichen und mehr Milliarden verdienen auf Kosten des gesamten Volkes, auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter und Beamten, die infolge der anziehenden Teuerung dem allmählichen Verhungern wieder um einen Schritt näher kommen werden."

So mußte jeder Vernünftige schon damals unsere Lage einschätzen. Aber die Finanz wollte es anders. Die Banken beredeten ihre Kunden immer wieder zu einem sinnlosen Optimismus. Und die Mark machte die tollsten Bocksprünge; sie verfiel in einen durch nichts gerechtfertigten Größenwahn. Mit ihrem Steigen fielen naturgemäß die Devisen und die Effekten. Und das war der Zweck der Finanzübung. Einmal wollten die Banken die Hände freibekommen zu neuen Spekulationen, dazu mußten sie die vielen schwerbelasteten Konten säubern; zum anderen brauchten sie — wenn auch nur vorübergehend — niedere Wertpapierkurse, um aufs neue groaßngelegte Haussespekulationen einzuleiten. Mit einem nassen und einem heiteren Auge betrachtet der Außenstehende diese Entwicklung. Fielen doch erstens eine Unmenge spekulativer Existenzen ihrer Gewinnsucht zum Opfer; und zum andern bekam die Reichsbank dadurch die Möglichkeit, sich mit Devisen in großen Mengen einzudecken. Wäre dies letzte Wirklichkeit geworden, so hätte das tolle Börsenmanöver wenigstens einen guten Zweck gehabt.

Die gestrige Erklärung der Reichsregierung zerreißt auch diesen letzten Hoffnungsschleier. Die Reichsbankkreise haben den vorübergehend günstigeren Stand der Mark nicht ausgenutzt — offenbar weil sie sich auf einen günstigen Ausfall der Londoner Verhandlungen eingestellt hatten. Und nun dieser Rückschlag. Das so ängstlich gehütete Geheimnis des Rathenauschen Mißerfolges ist enthüllt. Mit Spannung war es überall erwartet worden; die darüber immer wieder auftauchenden Gerüchte hatten den Börsenschiebungen Tür und Tor geöffnet.

Jetzt ist der schöne Optimismus mit einem Schlage zerstört, die Kurse werden ebenso kopflos zusammenbrechen, wie sie sich vorher sinnlos aufgetürmt haben. eDr damit verbundene Reinfall der vielen Spekulanten könnte uns mehr als gleichgültig sein, wenn die weiteren Folgen nicht so gräßlich wären für die Masse des Volkes. Nicht noch einmal braucht dies hier gesagt zu werden; oben steht es deutlich genug.

Deshalb sei hier folgendes erklärt: Ebenso wie bisher kein Grund vorlag zu dem großen Optimismus, ebensowenig ist nun Grund vorhanden für die übergroße Angst, die sich hier und dort einstellen wird, und die zu einem katastrophalen Valutasturz führen könnte. Ruhe, Ruhee muß jetzt überall gewahrt werden. In der Tat ist ja die Erklärung der deutschen Regierung noch von der Hoffnung getragen; von der Hoffnung die auch ihre bisherige Stimmung etwas erklären kann.

Diese Hoffnung gründet sich auf der Tatsache, daß die ausschlaggebenden Finanzkreise Englands die Erklärung abgaben, daß **Deutschland „unter der Herrschaft der Bedingungen, die zurzeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regeirung gegenüber der Reparationskommission" während der nächsten Jahre maßgebend seien, nicht kreditfähig ist.** Diese Erklärung der englischen Hochfinanz ist die denkbar schärfste Verurteilung des durch das Londoner Finanzabkommen vom 5. Mai aufgestellten Zahlungsplanes und eine bündige Widerlegung der von der Reparationskommission während ihres Aufenthaltes in Berlin geäußerten Auffassung, Deutschand könne die nächste Rate seiner Verpflichtungen durch Aufnahme ausländischer Anleihen decken. Die deutsche Regierung teilte der Reparationskommission diesen Tatbestand mit und rollte damit die Frage der **Revision des Londoner Finanzdiktats** auf.

Zunächst hat nun die Reparationskommission das Wort, an die die deutsche Erklärung sich ja richtet.

Im Gegensatz zu vielen uns nahestehenden Blättern neigen wir der Ansicht zu, daß diese Antwort der Reparationskommission sehr schroff ausfallen wird. Pariser Blätter deuten etwas Derartiges schon an. Aber schließlich ist die Reparationskommission nur eine ausführende Behörde; hinter ihr steht die Entente selbst, stehen Lloyd George und Briand.

Man redet von einer bevorstehenden Zusammenkunft dieser beiden Männer. Die Reparationsfrage wird sie dabei vor und nach dem Frühstück beschäftigen. In ihre Hand ist das Schicksal Deutschlands, ja Europas, für die nächsten Jahre gelegt. Von dem klugen Engländer erwarten wir viel, von dem rhetorisch-eigensinnigen Franzosen umso weniger.

Jedenfalls, ob gut oder nicht, das Reparationsproblem **ist in seiner ganzen Breite durch die deutsche Regierung aufgerollt.** Weiter können wir nun nichts mehr tun; die Entscheidung liegt bei den andern.

•

Der Eindruck der deutschen Note in Paris.

Paris, 16. Dezember.

Die einzige Zeitung, die bisher einen Kommentar bringt, ist der „Intransigeant". Hier wird die deutsche Mitteilung als eine List bezeichnet, die Frankreich sich nicht gefallen lassen dürfe. Weil Deutschland gehört habe, daß Herr Loucheur einen Anleiheplan prüft und hofft, daß bei der Besprechung zwischen Briand und Lloyd George vielleicht eine Erleichterung für die Zahlungen sich ergeben könnte, wolle es versuchen, zunächst einmal überhaupt nicht zu zahlen. Frankreich sei entschlossen, den Schuldner zur Zahlung zu zwingen und England werde nach dieser Haltung Deutschlands seinen Bundesgenossen zur Seite stehen.

Oedenburg verloren?

Die Abstimmungskomödie.

Wien, 15. Dezember.

In Oedenburg sind 18 500 Personen bei der Volksabstimmung wahlberechtigt. Bis gestern nachmittag 4 Uhr hatten 13 000 Personen abgestimmt. Es wird behauptet, daß 90 Prozent von ihnen für Ungarn gestimmt hätten. Jedenfalls ist noch nie bei einer Volksabstimmung derartig geschwindelt worden wie bei dieser. Der italienische General Ferrari hat in einem Aufruf zu rechtfertigen versucht, daß die Abstimmung trotz der dringenden Bitten der Regierung Deutschösterreichs jetzt schon vorgenommen wurde, und er hat versichert, daß das Abstimmungsgeheimnis gewahrt bleibt.

Bundeskanzler Schober betonte im Nationalrat, daß die Botschafterkonferenz in Paris nach amtlicher Mitteilung die Generalkommission in Oedenburg ermächtigt hatte, die Abstimmung zu verschieben.

*

Die Geschichte der Volksabstimmung in Oedenburg ist eine jener erbärmlichen Komödien, an denen die Nachkriegszeit nicht gerade arm ist. Der Vertrag von St. Germain sprach das gesamte Burgenland einschließlich des Kreises Oedenburg Oesterreich zu. Ungarn kümmerte sich den Teufel um diesen Vertrag und weigerte sich, das Gebiet abzutreten. Als die Entente mit den üblichen Protesten bei der ungarischen Regierung vorstellig wurde, zog Ungarn die regulären Truppen scheinbar zurück und veranstaltete einen jener Bandenkriege, die seit Abschluß des Weltkrieges in Europa so beliebt geworden sind. Um des lieben Friedens willen stimmte die österreichische Regierung auf italienische Vermittelung hin in Venedig einem Vorschlage zu, nach dem das Burgenland zum zweitenmale Oesterreich zugesprochen, im Kreis Oedenburg aber eine Volksabstimmung vorgesehen wurde. Voraussetzung für eine unbeeinflußte Abstimmung war natürlich Säuberung Oedenburgs von den Budapester Banden. Die Kgl. ungarische Regierung versprach das. Statt dessen benutzte Karl Oedenburg als Aufmarschstraße gegen Budapest. Die Folgen dieses Bandenunternehmens sind bekannt. Sein sichtbarstes Ergebnis war das Verbleiben der Budapester Banden in Oedenburg. Die Volksabstimmung wurde auf den 10. Dezember festgesetzt. Ententetruppen erschienen. Die Banden blieben. An eine geordnete Vorbereitung der Abstimmung war unter diesen Umständen und in dieser kurzen Frist nicht zu denken. Der Termin wurde auf den 14. verschoben. Die Banden blieben noch immer. Ungarn bevölkerte Oedenburg plötzlich mit einer Schar von „Abstimmungsberechtigten", deren Wiege bis dahin jenseits der Grenze gestanden hatte. Oesterreich protestierte. Der Botschafterrat befahl, den Abstimmungstermin nochmals zu verschieben. Der Ententekommissar befiehlt, die Abstimmung trotzdem stattfinden zu lassen. Und sie fand statt. Ist es notwendig, über diese Komödie noch ein Wort zu verlieren?

Die Avignon-Gefangenen.

Paris, 15. Dezember.

Der sozialistische Deputierte Levy hat eine schriftliche Anfrage an das Ministerium des Aeußern über die Avignon-Gefangenen gerichtet. Die Antwort lautete, daß noch 53 deutsche Kriegsgefangene sich in Frankreich befinden. Es sind Gefangene, die im Verlauf der Gefangenschaft zu Strafen verurteilt wurden. Einige dieser Gefangenen haben auf dem Gnadenwege Erleichterungen erhalten. Die Regierung erwägt die Möglichkeit, einige andere vollständig freizulassen.

Deutscher Reichstag.

Donnerstag, 15. Dezember.

Die vierte Ergänzung zum Besoldungsgesetz, die neue Stellen in die Besoldungsordnung einordnet, wird ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des

Ortsklassenverzeichnisses.

Das Ortsklassenverzeichnis soll bis spätestens 1. April 1925 neu aufgestellt werden. Der Reichsrat und der Beamtenausschuß des Reichstages können gemeinsam Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse einreihen. Die erste Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses muß spätestens bis 1. März 1922 beendet sein. Etwaige Nachholungen erfolgen rückwirkend ab 1. April 1920. Die Vorlage wird darauf debattelos in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Tabaksteuergesetzes. Ein Antrag Geyer (K.) auf Beseitigung des Tabakzolls wird abgelehnt. Das Gesetz wird darauf in zweiter und dritter Lesung in der Ausschußfassung angenommen. Beschlossen wird daß die zusammenfassenden Zollherabsetzungen ohne Zustimmung des Reichsrates erfolgen können. Für den sozialpolitischen Ausschuß berichtet Frau Schröder (SD.) über die Beratung eines unabhängigen Antrages betreffs Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Der Ausschuß fordert einen Gesetzentwurf, wonach die Wöchnerinnen ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens täglich in Höhe des für 1 Liter Milch zu zahlenden Preises bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft erhalten sollen.

Frau Schröder (SD.): Der Satz von 3 Mk wie ihn Frau Tänsch vorgeschlagen hat, ist zu gering.

Frau Behm (DNV.): Wir glauben, daß das Haus zweifellos eine bessere Unterstützung jeder Schwangeren und jedes Kindes wünscht.

Frau Wackwitz (K.) verweist auf die zunehmende Geldentwertung.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag Tänsch, wonach das Stillgeld 3 Mark betragen soll, wird angenommen und mit ihm die Vorlage in zweiter Lesung. Die Ausschußvorlage, wonach das Stillgeld sich nach dem Milchpreis richten soll, wird abgelehnt. Die Unterstützungsgrenze wird auf 15 000 Mark erhöht.

Für den volkswirtschaftlichen Ausschuß berichtet Frau Wurm (USP.) über Anträge, betr. den Verkehr mit Kartoffeln und Getreide. Der Ausschuß fordert Maßnahmen zur Förderung der Kartoffelerzeugung und rechtzeitige Zusammenführung von Erzeuger- und Verbraucherorganisationen und dem Handel. Zur Regelung der Kartoffelversorgung sollen auf Grund freier Vereinbarungen zwischen Behörden, Erzeugern, Handel und Verbrauchern bezirksweise Richtpreise festgesetzt werden. Mit den Landwirten und Verbrauchergenossenschaften soll eine Kartoffelmenge vereinbart werden, die durch freiwillige Umlage aufzubringen ist. Eine entsprechende Zahl gedeckter Wagen soll schleunigst zum Kartoffeltransport zur Verfügung gestellt werden. Die ungesetzliche Kartoffelsperre durch Länder, Provinzen und Kreise soll aufgehoben, das Verschicken nach dem Ausland verhindert werden. Lieferungsverträge sind zu erfüllen. Ferner soll die Regierung mit den Organisationen der Landwirtschaft in Verhandlungen treten zwecks Erfassung von 1 Million Tonnen Brotgetreide. Entsprechend dem Erfolge dieser Verhandlungen soll die Mehlration erhöht werden.

Barth (K.) hält die Vorlage für unzureichend. Die schön klingenden Wucherverordnungen sind ganz wirkungslos.

Frau Schuch (SD.) verlangt Taten. Versprechungen allein genügen nicht mehr. Die Regierung muß endlich ihre Pflicht tun. (Beifall bei den SD.)

Kelpler-Bohm (DVP.) warnt vor verallgemeinernden Angriffen gegen die Landwirtschaft.

Der Endkampf um Irland.

In den beiden englischen Parlamenten, dem Unterhaus und dem Oberhaus, begründeten die einzelnen Parteien ihren Standpunkt. Von den Oppositionellen erklärte die Arbeiterpartei, das Abkommen entspräche durchaus den Richtlinien, die sie ausgearbeitet habe, auf der Rechten lief man weiter Sturm gegen Lloyd George, dem man nachsagte, daß er die Rechte der englischen Krone aufgegeben habe. Am schärfsten brachte diesen Standpunkt der Rechtsoppositionelle Carson im Oberhaus zum Ausdruck, der über die irische Frage eine Volksabstimmung verlangte. Die Gegner des irischen Vertrages werden heute im Unterhaus einen Abänderungsantrag einbringen, der den ganzen Vertrag als mit den Interessen Englands unvereinbar bedauert. Die Regierung vertrat im Oberhaus Lord Curzon und im Unterhaus Lloyd George selbst, der den Vertrag als eines der größten historischen Ereignisse seit Friedensschluß feierte. Zu einer Abstimmung in den englischen Parlamenten kam es gestern noch nicht.

Auch im Dail Eireann, dem irischen Parlament, verhandelte man gestern über den Vertrag. De Valera, der als erster Führer der Sinnfeiner noch bis vor kurzem als der Repräsentant der irischen Freiheitsbewegung galt, und der bei Beginn der irisch-englischen Verhandlungen die erste Rolle spielte, bemängelte, daß der Vertrag nicht vorher dem irischen Kabinett vorgelegt worden sei, wurde aber von Collins, einem der Sinnfeiner-Führer, die den Vertrag in London mit unterzeichnet haben, darauf aufmerksam gemacht, daß er ja selbst den irischen Delegierten Vollmachten zur Hand gegeben habe. Es ist seltsam zu verfolgen, wie der Feuerkopf de Valera, dem eine gewisse Größe nicht abgesprochen werden kann, sich immer tiefer in seinen Doktrinarismus und Formalismus verstrickt und so jeden realen Boden unter den Füßen verliert. Die Abstimmung über das Dokument soll heute im irischen Parlament vorgenommen werden. Ueber die Haltung der irischen Ulsterleute, die de Valera an Starrköpfigkeit nichts nachzugeben scheinen, ist vorläufig noch nichts bekannt. Die Ironie der Weltgeschichte will es, daß sie, bis vor kurzem die lieben Kinder der englischen Regierung, heute deren erbitterte und verbitterte Feinde sind.

Das sterbende Rußland.

Ein neuer Hilferuf Nansens.

Moskau, 13. Dezember.

Die Vertretung des Roten Kreuzes hat von Frithjof Nansen folgenden Funkspruch erhalten:

Habe Samara und Umgebung besucht. Das Elend übersteigt die schlimmsten Befürchtungen. Die Gegend von Dusuluk, wo die Quäker arbeiten, umschließt 915 465 Einwohner. Von diesen haben 537 000 keine Nahrung mehr. Während der Monate September, Oktober, November sind 38 465 gestorben, aber die Sterbezahl steigt fortwährend, und bis zum Frühjahr werden **zwei Drittel der Einwohner verendet sein,** falls ausreichende Hilfe nicht sofort anlangt. In der Stadt Dusuluk werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgelesen, andere bleiben tagelang liegen, da keine Möglichkeit besteht, sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von den Hunden zerfressene Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungefähr 80 Leichen, meistens Kinder, ohne jegliche Bekleidung, da diese von den Ueberlebenden meistens an sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen hingeführt. Ich fragte den Totengräber, wieviele Tote täglich eintreffen, er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie haufenweise abgeliefert werden. Den Eindruck der Hunderte von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrechterhalten, sowie der verzweifelten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder flehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit.

Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Zustände besser sind als in anderen Teilen des Gouvernements Samara. Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen östlichen Rußlands. Die amerikanische Organisation und die Quäker arbeiten großartig. Die Schweden sind eben angekommen und nehmen ihre Tätigkeit auf.

Aber all diese Hilfe kann nur die Oberfläche des Elends berühren. Die Bevölkerung, ohne eine Klage zu äußern, wartet im Todeskampfe auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie fest hofft. **Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen.** Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die Felder sind gepflügt und geackert, aber es fehlt an Saatgut. Die Völker und Regierungen Europas müssen erwachen, diese Tatsachen und das Furchtbare, das sich hier abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen. Nansen.

Die Einigung in der Flottenfrage.

Washington, 15. Dezember.

Nach der gestrigen Kommissionssitzung wurde bekanntgegeben, daß die drei großen Flottenmächte Großbritannien, Amerika und Japan in der Flottenfrage zu einer Einigung gelangt sind. Großbritannien stellt vier Großkampfschiffe der King-George-Klasse außer Dienst. Abgesehen von dieser Aenderung bleibt der Hughesche Plan über den Flottenbaufeiertag in Kraft. Auch Japan nimmt die vorgeschlagene Abrüstung in der Kriegsmarine vor, behält aber das moderne Schiff „Mutsu". Für die Befestigung im Stillen Ozean bleibt der status quo bestehen. In dieser Abmachung ist jedoch die Insel Hawai nicht mit einbegriffen. —

Aufhebung des Schießerlasses.

S. P. D., Berlin, 15. Dezember.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit einem Unabhängigen Antrag, der die Aufhebung des preußischen Schießerlasses fordert. Die Sozialdemokratischen Vertreter stimmten dem Antrage zu. Genosse Schmidt Sachsen wies darauf hin, daß die Angelegenheit landesgesetzlich geregelt sei, jedoch der Rechtszustand vollkommen vereitelt wäre. Schmidt stellt den Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, schleunigst eine reichsgesetzliche Neuordnung der Bestimmungen über den Waffengebrauch in Angriff zu nehmen. Bei der Abstimmung wird der Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Er wird erneut bei der Beratung des Gegenstandes im Plenum des Reichstages eingebracht werden.

Pensionskürzung für Arbeitsfürsorge.

Berlin, 15. Dezember.

Es ist ein übler Zustand, daß zahlreiche pensionierte Beamte, Offiziere usw., die manchmal noch volle Arbeitskraft besitzen, neben ihrer Pension oft bedeutendes Einkommen aus irgendwelcher Tätigkeit beziehen, ohne daß ihnen nach den jetzigen rechtlichen Bestimmungen die Pension gekürzt werden kann. Dem Reichstage ist nun der Entwurf eines Gesetzes betreffend Kürzung der Ruhegehälter und Wartegehälter bei solchen Versorgungsberechtigten zugegangen, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes beziehen (Pensionskürzungs-Gesetz). Wenn solche Personen ein steuerbares Jahreseinkommen von mehr als 10000 Mk. beziehen, werden in Zukunft die Rechte auf den Bezug des Teuerungszuschlages genommen. Aendern sich Art oder Höhe des Teuerungszuschlages für die aktiven Beamten, so ist die Kürzungsgrenze neu zu berechnen.

Die Führer der deutschen Nation.

Glücklicherweise leben sie noch. Man hätte es beinahe vergessen, daß die Herren vom Adel, die geborenen Führer der deutschen Nation noch existieren und sich als besondere Klasse fühlen, wenn sie nicht jüngst dem Professor Brunner eine warmherzige Zustimmungserklärung zu seinem Schnüffeln nach Unsittlichkeiten geschickt hätten. Beglückt von dem Lacherfolg, den der Adelsausschuß der Adelsgenossenschaft mit seiner Veröffentlichung erzielt hat, äußert sich heute in der „Kreuzzeitung" der „Königliche Landrat" v. Gerlach über „Den preußischen Adel als Führer der Nation". Ganz im Geiste seines Vorfahren, des berüchtigten Präsidenten Ludwig v. Gerlach, der nach 1848 die Reaktionsperiode führte, wütet er gegen „Revolutionäre Gesinnungslosigkeit" und „Materialismus im Schafmantel erheuchelter klingender Redensarten, die den echtdeutschen christlichen Geist zu überwinden drohen."

Das wäre nun nichts weiter bemerkenswertes. Aber das Amüsante ist, daß diese Publikation des Königlichen Landrats v. Gerlach — eine Propagandaschrift für den Kommunismus ist. Aus einer Rede des alten Gerlach, der auf den geistesgestörten Friedrich Wilhelm IV. einen so verderblichen Einfluß ausgeübt hat, zitiert der neue Gerlach u. a. die folgenden Sätze:

„So wie der Adel nicht um der Edelleute willen, sondern um des Staates willen da ist, so ist auch der Reichtum nicht um der Reichen, sondern um der Armen willen da. Genuß ohne Pflicht, Eigentum als bloßes Mittel des Genusses, ist nicht heilig, sondern schmutzig. Wäre das Eigentum nichts als das, so hätte der Kommunismus recht."

Der alte Gerlach führt dann aus, daß das freie kapitalistische Eigentum in diesem Sinne immer schmutzig ist; ein Existenzrecht in den Augen der Adelsgenossenschaft dürfe nur das gebundene Eigentum haben, das Eigentum, das mit Patronat, Polizei und Gerichtsbarkeit verbunden sei. Denn all dies seien mehr Pflichten als Rechte. Ein solches Eigentum mit Pflichten gebe es heutzutage nicht mehr. Es ist mindestens mit den letzten Resten des Feudalismus in Preußen 1918 untergegangen, und das Jahr 1922 wenigstens wird nicht vorübergehen, ohne daß auch die alten Gutsbezirke zu existieren aufhören. Demnach ist das heutige Eigentum nach Ansicht der peußischen Adelsgenossenschaft schmutzig, und der Kommunismus — so nannte man vor 70 Jahren den Sozialismus — hat recht.

Natürlich möchte die Adelsgenossenschaft diese Schlußfolgerung nicht ziehen; sie sucht deshalb die alten Pflichten des Adels und Besitzes ins Geistige zu übersetzen und definiert; adlig ist, wer dem Staate umsonst dient; in diesem Sinne hat es in Preußen einen Adel nie gegeben. Unleugbar hat der Adel dem alten Hohenzollernstaat große Dienste erwiesen — im Kriege wie in der Verwaltung. Aber umsonst hat er nie etwas getan. Von den Steuer- und Herrschaftsvorrechten des alten preußischen Adels, die erst nach der Katastrophe von Jena 1806 halbwegs beseitigt wurden, führte eine gerade Linie zu den Getreidezöllen und Branntweinliebesgaben, die den Hohenzollernstaat bis zum Weltkriege charakterisierten, und zum preußischen Dreiklassenwahlrecht, mit dem erst die Revolution aufgeräumt hat. Wer das Existenzrecht des Adels verneint, der dem Staate nicht umsonst dient, und das Existenzrecht des Besitzes, der nicht mehr Pflichten als Rechte trägt, der verneint heutzutage Adel und Besitz überhaupt.

Der Königliche Landrat v. Gerlach möchte mit dem „Adelsausschuß der Adelsgenossenschaft" das ganze deutsche Volk adeln und es „aus dem Schlamm des Eidbruches und Verrats" erheben, in den es durch die Revolution von 1918 versunken sei. Und sein Weg dazu? „Aufopfern, zu Felde ziehen, erobern, den Rücken gegen den Mist, die Front gegen den Feind, das ist adlig." Schön gesagt! Aber für Deutschland gibt es heute nichts zu erobern, und die Welt hat genug vom Zufeldeziehen. Der Königliche Landrat hat zu lange gelebt. Er steht der Gegenwart mindestens so fern wie irgend ein ägyptischer Pharao, dessen Lebensprogramm der Bau eine neuen Pyramide wäre. Aber schließlich ist es doch ein Kuriosum, wenn so ein Stückchen der Raritätensammlung des Märkischen Museums lebend umherläuft.

Dolchstoß oder „Gnadenstoß"?

Anfang Februar 1917 schrieb die Oberleitung des französischen Kriegspropagandawesens an die französischen Propagandastellen den bezeichnenden Satz: Deutschland ist dabei, sich selbst den Gnadenstoß zu geben. Was war geschehen? Im Januar 1917 war zur großen Freude der französischen Kriegspropaganda der uneingeschränkte Unterseebootkrieg erklärt worden. Kriegspropagandisten Frankreichs befürchteten, „daß weder Kaiser, noch der Kanzler, noch irgend jemand auf der Linken — und nur ganz wenige im Zentrum — jemals den Befehl zum uneingeschränkten Unterseebootkrieg geben" würden. Aber der Franzose rechnete mit dem Einfluß des alldeutschen Klüngels, vor dem schon in den letzten Jahren vor dem Kriege die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten kapituliert hatte. Diesen Klüngel charakterisiert der Franzose als den „Untermenschen" und seine lärmende, aufreizende Preßpolitik in der „Post", der „Kreuzzeitung", in der „Deutschen Tageszeitung", in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" bezeichnet er als eine nahrhafte Goldgrube für die französische Kriegspropaganda. „Lassen wir diese Goldgrube nicht ungenützt," so schreibt er in seinem Geheimbericht, „sie muß uns noch sehr wertvolle Dienste leisten." Rasender Deutschenhaß entzündete sich immer an allen Zeitungsartikeln und Broschüren der Alldeutschen. „Durch eine Veröffentlichung von alldeutscher Seite," so bemerkt er, „wird die Willenskraft des Franzosen oder Belgiers mehr gestärkt als durch zehn unserer Aufrufe." Mit diabolischer Freude gedenkt er der Tatsache, daß die übersetzten Werke Berhardis jetzt die französischen Schaufenster schmücken.

Die Politik Bethmann-Hollwegs war im Kriege schwankend und rang sich niemals zu einer wirklichen Politik der Völkerverständigung durch. Sie wurde daher der Zielpunkt fortgesetzter, sich ständig steigender Angriffe der sozialdemokratischen Partei. Aber selbst diese Haltung Bethmanns in der Friedensfrage machte die französischen Kriegspropagandisten stutzig, sie fürchteten seinen Einfluß auf die Neutralen und die Entente. Sie jubeln daher überlaut über jeden alldeutschen Angriff gegen Bethmann-Hollweg und künden hellsichtig dessen baldige Entlassung an. „Früher oder später," so heißt es im französischen Geheimbericht der Oberleitung der französischen Kriegspropaganda, „werden sie übrigens das Ziel erreichen, daß sie im Augenblick erstreben und werden Wilhelm II. zwingen, seinen Kanzler zu entlassen. Dieses Ereignis, dessen Eintritt sicher ist, wird von ungeheurer Tragweite sein." Der französische Kriegspropagandist ist seiner Sache sicher, er bezeichnet die deutschen Konservativen und Nationalliberalen als „mächtige Verbündete" des kriegerischen Frankreichs . . . „in demselben Sinne, wie Pest und Cholera im feindlichen Lager zu wertvollen Bundesgenossen werden." . . . Der Kanzler mag seine Netze spinnen, die Neutralen umgarnen, sogar auf die öffentliche Meinung in den Ländern der Entente einwirken, vergebens, das wilde Gebrüll der Konservativen und Nationalliberalen wird jedesmal seine feinen und tückischen Berechnungen durchkreuzen."

Der „französische Geheimbericht," den Genosse Keil jetzt nach dem Konrad Hußmannschen Text im Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben hat, führt den schlagenden Beweis, daß Deutschland nicht durch den revolutionären Dolchstoß von hinten, sondern durch den alldeutsch-militärischen Gnadenstoß von vorn zu Fall gebracht wurde. Dieser Geheimbericht ist eine außerordentlich wirksame Waffe gegen die alldeutschen Säbelraßler.

Der Papierwucher.

Maßnahmen der Regierung.

Amtlich wird durch WTB. mitgeteilt: Das Erscheinen einzelner Tageszeitungen ist dadurch in Frage gestellt, daß die Druckpapierindustrie ihr obliegende Verpflichtungen zur Papierlieferung nicht rechtzeitig erfüllt. Soweit dies auf Kohlen- und Wagenmangel zurückzuführen ist, werden die erforderlichen Maßnahmen mit allem Nachdruck getroffen. Im übrigen liegt die Vermutung nahe, daß wegen der am 1. Januar 1922 bevorstehenden Preiserhöhung mit den Lieferungen zurückgehalten wird. Von einem süddeutschen Freistaat sind bereits Ermittelungen über die Richtigkeit dieser Vermutungen im Gange. Weitere Feststellungen dieser Art werden eingeleitet werden. Auch wird eine Einschränkung der Druckpapierausfuhr eintreten müssen wenn nicht in der Belieferung notleidender Zeitungen mit Druckpapier alsbald eine Besserung eintritt.

Annexionisten-Propaganda im Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird mitgeteilt:

Die Saarregierung hat den Vorstandsvertretern der deutschen Zentralgewerkschaften der Bergarbeiter und Eisenbahner die Einreise in das Saargebiet verboten. Wohl um diese autokratische Maßnahme, die allerhand Aufsehen erregt hat, zu „rechtfertigen", muß der im Dienste der französischen Propaganda stehende neue „Saar-Kurier" eine Anzahl führender Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie und der freien Gewerkschaften als mehr oder weniger verkappte alldeutsche Annexionisten hinstellen. Ausgerechnet das Blatt der französischen Annexionisten beschuldigt unsere Parteigenossen Hermann Müller, Löbe, Hue und Stampfer der Annexionslust! Dem Genossen Hue, der vor einiger Zeit einigen übereifrigen Frankenfreunden in die Parade gefahren ist, wirft das französische Annexionistenblatt vor, er habe die alldeutschen Eroberungsabsichten auf das Eisenhüttengebiet Longwy und Briey unterstützt. Ein dümmerer Schwindel konnte nicht ausgeheckt werden. War es doch gerade Genosse Hue, der sich mit großer Schärfe gegen die schwerindustriellen Eroberungspolitiker wandte und demgemäß deshalb während des Krieges im Saargebiet verboten wurde, in Versammlungen über annexionspolitische Fragen zu sprechen. Daß das französische Annexionistenblatt ausgerechnet den Genossen Hue als Annexionist der Saarbevölkerung zu denunzieren versucht, zeigt, in welcher tödlichen Verlegenheit sich die Machthaber gegenüber den Protesten der Saarbevölkerung gegen die französische Annexionspolitik befinden. Damit die Ausnahmemaßregel gegen die deutschen Gewerkschaftsführer recht markant hervortritt, hat die löbliche Saarregierung keine Einwände erhoben gegen die Einreise kommunistischer und anarchistischer Agitatoren. Diese dürfen im Saargebiet Versammlungen abhalten. Kürzlich gab hier auch der bekannte anarchistische Syndikalist Fritz Kater aus Berlin eine Separatvorstellung. Es verlautet aber, daß infolge eines Winkes aus Paris die Saarregierung veranlaßt worden ist, die Einreise kommunistischer und anarchistischer Agitatoren zu verbieten. Schade! Unseretwegen hätten die verehrlichen Moskauer und Syndikalisten noch recht viele Gastrollen im Saargebiet geben dürfen. Sie paßten nämlich ganz vortrefflich in das autokratische Regime, unter welchem die Saarbevölkerung heute seufzt. Uebrigens ist der Redakteur des neuen „Saar-Kuriers", ein Herr Weber, eingetragenes Mitglied der USP. Sein Einfluß auf die allerdings außerordentlich zusammengeschrumpfte USP.-Gruppe in Saarbrücken ist keineswegs unbedeutend. Die USP. darf zu ihrem ausgezeichneten Mitglied, Herrn Weber, journalistischer Vertrauensmann der französischen Annexionisten, allerwärmstens beglückwünscht werden.

Radek über die „Vorwärts"-Enthüllungen.

Aus Moskau wird dem „Vorwärts" vom 3. Dezember geschrieben:

In der „Prawda" vom 2., 3. und 4. Dezember veröffentlicht Radek eine Artikelreihe über die Enthüllungen des „Vorwärts" und die Lage Deutschlands. Nach seiner Auffassung handelt es sich für den „Vorwärts" darum, die Bildung einer Arbeiterregierung zu verhindern und die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu erhalten, darum habe er die Dokumente veröffentlicht, deren Wert Radek herabzusetzen versucht, wenn er auch zugibt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Gedankengang, es sei möglich, die Arbeiterklasse auf künstlichem Wege in den entscheidenden Kampf zu ziehen, in einigen Kreisen der Partei Beifall fand und daß dies der Grund war für viele unverständliche Handlungen sehr guter Genossen." Die Partei habe aber mit Hilfe der Dritten Internationale „diese Versehen wieder gut gemacht." Die Entente wünsche Arbeiterunruhen in Deutschland, für die man die Kommunisten verantwortlich machen könne, diese aber seien bei den letzten Hungerkrawallen nicht in die Falle gegangen. Die Arbeiterregierung sei für Deutschland eine Notwendigkeit der äußeren Politik, denn ihr sei die Unterstützung der ganzen internationalen Arbeiterschaft sicher. Die KPD. habe ihre Taktik der inneren Lage angepaßt, sie sei bereit, eine Arbeiterregierung mit allen Kräften zu unterstützen, ihre Beteiligung an ihr sei durchaus zulässig. Radek erwartet ein Scheitern der Verhandlungen über Anleihe und Moratorium und setzt darauf große Hoffnungen für das Gelingen der kommunistischen Pläne.

Für die Tatsache, daß die KPD.-Zentrale die Märzaktion mit verbrecherischen Mitteln provoziert hat, ist es eine sehr liebenswürdige Umschreibung zu sagen, es seien „viele unverständliche Handlungen" passiert. Auch ist nicht zu sehen, was die KPD. getan hat, um dieses „Versehen", das Tausende von Arbeitern ins Unglück stürzte, wieder gut zu machen, diese Wiedergutmachung ist ganz der Sozialdemokratie überlassen geblieben. Erfreulich wäre es, wenn die KPD. wirklich ein für allemal auf jede Putsch- und Gewaltpolitik verzichtet hätte, dann müßte sie aber auch einsehen, daß eine Arbeiterregierung dann erst möglich wird, wenn sie sich auf eine sichere Mehrheit im Volke und in der Volksvertretung stützen kann. Eine Mehrheit für eine sozialistische — nicht bolschewistische — Politik zu schaffen, ist das Ziel, für das die Sozialdemokratie unablässig kämpft und das sie schon erreicht haben könnte ohne das vernunftlose Treiben der Spielverderber von links.

Volksparteiwünsche.

Berlin, 14. Dezember.

Wie vor jeder großen Entscheidung die Frage einer Regierungsumbildung auftauchte, so erleben wir auch heute, daß Kombinationen, vereint mit Wünschen von gewisser Richtung, über eine Erweiterung des Kabinetts Wirth auftauchen. Das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei „Die nationalliberale Korrespondenz", gibt in einem Artikel „Vor wichtigen Entscheidungen", Anlaß zur Erörterung des Regierungsproblems, indem sie u. a. schreibt:

„Die Reichsregierung muß mit gutem Beispiel vorangehen. Ist sie dieser Aufgabe nicht gewachsen, dann muß die Aenderung eintreten, die ihr die entsprechende, feste Grundlage für segensreiche Tätigkeit verleiht. Die sozialdemokratische Partei in erster Reihe wird zu beweisen haben, daß sie politisches Verständnis für die Erfordernisse der Zeit und Wirklichkeitssinn besitzt, nicht aber nur Parteitaktik treibt. Es ist die höchste Zeit, daß endlich alle Kreise des Deutschen Volkes und der Reichstag selbst sich darauf besinnen, was dem deutschen Volke nottut."

Diese Zeilen lassen klar den Wunsch der Volksparteiler durchblicken, über den Eintritt in eine Regierung neue Verhandlungen zu pflegen. Wir halten den Zeitpunkt nicht für gekommen, in dem abermals das erörtert werden könnte, was die Volksparteiler anläßlich der letzten Regierungsbildung leichtsinnig aufgaben. Die Zeit ist zu ernst, und sie gestattet nicht eine neue Erörterung parteitaktischer Fragen, durch die das zerstört werden könnte, was im Augenblick auf dem Wege zur besten Lösung ist. Diese Auffassung entspricht mehr den „Erfordernissen der Zeit und dem Wirklichkeitssinn", Eigenschaften, die die Volkspartei von uns verlangt, denen sie durch die Aufrollung einer kritischen Frage aber gerade zuwiderhandelt.

Die Teuerung im In- und Ausland seit Kriegsbeginn.

Dem valutaschwachen, unter wirtschaftlichen Erschütterungen und unter der fortdauernden Teuerung leidenden Deutschland wird es nur ein mäßiger Trost sein, zu hören, daß die Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung seit der Vorkriegszeit sich auch im Auslande in starkem Maße bemerkbar macht. Eine interessante Uebersicht über den Stand der Teuerung im Ausland geben die Berechnungen, die im letzten Heft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" angestellt werden. Schon während des Krieges sind nach den erwähnten statistischen Zusammenstellungen in allen Ländern vor allem die Ernährungskosten stark gestiegen. In den meisten Staaten war bei Abschluß des Krieges mehr als das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit für den Ernährungsbedarf aufzuwenden. In Frankreich betrug der Teuerungsgrad im Juli 1919 das 2½fache, in der Schweiz das 2½fache, in Italien und Norwegen das 2¾fache, in Schweden mehr als das dreifache; lediglich in Dänemark, Holland, Amerika und Kanada waren damals die Kosten für die Ernährung nur um 75 v. H. gestiegen. Dagegen hatte sich schon in den Kriegsjahren die besonders schwierige Lage Oesterreichs bemerkbar gemacht. Beim Abschluß des Waffenstillstandes war in Wien schon eine Verteuerung der Lebenshaltung auf ungefähr das 16fache gegenüber der Friedenszeit festzustellen.

Seit Abschluß des Krieges werden die Verhältnisse in fast allen Ländern durch die starke Inflation und die infolge des Krieges eingetretenen anormalen ökonomischen Zustände stark beeinflußt. Die Teuerung steigt überall, besonders stark in den Ländern, in denen der Wert des heimischen Geldes sehr geschwächt ist und revolutionäre Ereignisse die Wirtschaft stören. In Deutschland waren ebenso wie in Finnland zu Beginn des Jahres 1920 die Ernährungskosten auf mehr als das 8½fache der Friedenszeit gestiegen; in Wien waren zur gleichen Zeit fast 46mal soviel als in den Vorkriegsjahren für die Ernährung aufzuwenden. Demgegenüber waren damals die Ausgaben für Nahrungsmittel von den während des Krieges neutralen und feindlichen Ländern nur in Schweden, Italien und Belgien gegenüber der Friedenszeit auf mehr als das dreifache gestiegen; in allen anderen Staaten bewegten sich die Ernährungskosten zwischen dem zwei- und dreifachen. In den darauf folgenden Monaten machte sich die internationale Teuerungswelle überall stark bemerkbar: In Deutschland und Finnland stiegen die Aufwendungen für die Ernährung im Sommer des vergangenen Jahres auf das 11½fache, in Frankreich, Italien und Belgien auf mehr als das 4fache, in England und Schweden auf fast das dreifache der friedensmäßigen Kost. Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika war damals mehr als das Doppelte für die Ernährung erforderlich. In Oesterreich hatten sich inzwischen die Verhältnisse scharf zugespitzt; im Oktober vorigen Jahres waren die Kosten für die Nahrungsmittel in Wien auf das 63fache, gegen Schluß des vergangenen Jahres auf das 90fache gestiegen.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres machte sich, von Oesterreich abgesehen, überall ein Umschwung bemerkbar. Absatzstockungen, Arbeitslosigkeit, Preisstürze waren zu verzeichnen. Fast alle Länder wurden von einer heftigen Wirtschaftskrise ergriffen. Ueberall ermäßigten sich die Aufwendungen für den notwendigen Ernährungsbedarf. Auch in Deutschland gingen die dafür erforderlichen Kosten etwas zurück. Hier konnte allerdings die Besserung nicht lange anhalten. Ein neuer Umschwung machte sich, infolge starker Abschwächung des Geldwertes, im Juni dieses Jahres bemerkbar. Im August waren die Ernährungskosten in Deutschland gegenüber der Friedenszeit auf das 14fache gestiegen. In den ehemals feindlichen Staaten trat dagegen die Teuerung stark zurück; in Amerika und Kanada sind die Ausgaben für Nahrungsmittel seitdem nur ungefähr um die Hälfte der Friedenspreise gestiegen, in England ist eine Verteuerung der Ernährung auf das 2¼fache, in Frankreich auf das dreifache, in Belgien auf das vierfache und in Italien auf das 4½fache eingetreten. In den meisten übrigen Ländern erreicht der Grad der Verteuerung der Ernährungskosten nirgend das dreifache, in Holland nicht einmal das doppelte. In Oesterreich allerdings ging die Steigerung der Ernährungskosten schon zu Beginn dieses Jahres über das 100fache hinaus. Im Zusammenhang mit der Kursbewegung der österreichischen Krone haben sich auf dem Wiener Warenmarkt nahezu alle Bedarfsartikel in einem bisher unerreichten Maße verteuert. Allein seit Januar dieses Jahres hat sich der Aufwand für eine normale Ernährung in Wien um das 3½fache erhöht. Verglichen mit dieser enormen Teuerung, die die Teuerung der Masse der österreichischen Bevölkerung auf ein Elendsniveau herunterdrückt, stellen sich die starken Preissteigerungen für Lebensmitte in Deutschland, so empfindlich sie jeden einzelnen treffen, als relativ mäßig dar. Haben wir doch gegenüber der Vorkriegszeit bis heute „nur" mit einem Emporschnellen der Preise für den Ernährungsbedarf auf durchschnittlich das 20fache zu rechnen.

Volkswirtschaft.

Legale Steuerhinterziehung.

Dem Arbeiter und Angestellten wird die Steuer bei der Lohnzahlung abgezogen. Selbst wenn er zu viel gezahlt hat, hilft ihm das wenig. Die Steuerbehörde zögert die Veranlagung Monat um Monat hinaus und so gelingt es den meisten nicht einmal, ihre zu viel gezahlten Beiträge zurückzuerhalten, selbst wenn sie inzwischen in Not geraten sein sollten. Anders geht es dem Besitz. Die Besitzsteuern werden mit unglaublicher Langsamkeit behandelt. Schon bei der Veranlagung zur Steuer setzt der Betrug ein. Ein ganzes Heer von Bücherrevisoren und Steueranwälten hat nichts anderes zu tun, als für die Besitzenden die Steuerveranlagungen zu bearbeiten mit dem Erfolg, daß nur der genau im Gesetz festgelegte Betrag gezahlt wird. Nun gibt es kein Gesetz, das so vollkommen wäre, daß es nicht irgendwelche Lücken für die Steuerumgehung ließe. Hier setzt die Tätigkeit der famosen Rechtsberater ein. In welcher Weise dabei vorgegangen wird, dafür einige Beispiele:

Vor uns liegt das Rundschreiben einer Gesellschaft für Treuhandgeschäfte, die ihre Kunden folgendermaßen berät: Steuererklärungen sind (in Erwartung von Gesetzesänderungen, besitzfreundlichen Entscheidungen der Steuerämter usw.) nicht eher als notwendig abzugeben, alle Fristen auf Fristverlängerungen auszunutzen. Im einzelnen wird dargelegt, welche Fragen die Finanzämter in besonders günstigem Sinne für den Steuerzahler behandeln. Die ganze Moral des Unternehmens spricht aus folgenden Sätzen:

„Mit Unterbilanzen aufzuwarten, ist fast immer sinnlos und nur in Ausnahmefällen nützlich." (Hier wird also offen zugegeben, daß die Steuerbilanz nicht im Sinne der Wahrhaftigkeit, sondern im Sinne der „Nützlichkeit" gemacht, d. h. erlogen wird.) Dann werden auch einige Ratschläge gegeben. „Außer der Schaffung von Verlustreserven bedeutsam werden." „Möglichst viel aus dem Kapitalvermögen ins Betriebsvermögen bringen." Für die Umgehung der Kapitalertragsteuer wird der Rat gegeben man solle beim Verkauf eines Betriebes Ratenzahlungen verlangen, den Kaufpreis entsprechend höher stellen und dafür die Zinsen für die noch ausstehenden Raten in Wegfall kommen lassen. „An Kapitalertragssteuer ist dabei kein Gedanke."

Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, wie planmäßig und bewußt die Lücken der Steuergesetze zur Umgehung der Steuern ausgenützt werden. Die Winke ergehen nicht etwa vertraulich, sondern in einem ganz offenen gedruckten Rundschreiben, das eine Unmenge von Ratschlägen für die Sabotage der Besitzsteuern enthält. Wir fragen das Reichsfinanzministerium, ob es diesem schamlosen Treiben länger zusehen will? Ist es unfähig, solche offenen Steuerdefraudationen unmöglich zu machen, so ist es zum mindesten verpflichtet, auch für die Besitzsteuer Formen zu finden, die gegen alle Bilanzkunststückchen gesichert sind. Man begreift nicht, wie es dann noch einen Steuerbeamten geben kann, der die von der Sozialdemokratie geforderte Erfassung der Sachwerte ablehnt. Denn es ist ja das Tollste an diesen ganzen Machenschaften, daß sie sich durchaus auf gesetzlichem Boden abspielen. Und es ist geradezu ein öffentlicher Skandal, daß es nicht nur einzelne Leute, sondern sogar richtige Gesellschaften gibt, die gegen ein anständiges Honorar die Sabotage der den Besitz treffenden Steuern berufsmäßig betreiben.

Der Arbeiter kann sich einen Steueranwalt nicht leisten. Selbst wenn er sich ihn leisten könnte, so erfolgt der Lohnabzug doch nach den gesetzlichen Bestimmungen, und keiner kann ihm entgehen. Der Besitz jedoch bezahlt für die Tausende von Mark, die er dem Steueranwalt zahlt, das Reich um Hunderttausende oder Millionen.

Aber es gibt immer noch Leute, auch solche, die sich Demokraten nennen, welche behaupten, daß der Besitz von der Last der Vermögenssteuer erdrückt werde!

Viehmärkte.

Hamburg, 15. Dezember.

Schlachtviehmarkt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein am Hamburger Schlachtviehmarkt.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt: Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: I. Qualität Ochsen und Quien 1000—1125 Mk., II. Qualität 850—950 Mk., III. Qualität 700—825 Mk. I. Qualität Bullen 900—1050 Mk., II. Qualität 750—850 Mk., III. Qualität 600—700 Mk. Vollfleischige und fette Kühe bis 5 Jahr alt 925—1100 Mk., ältere fette Kühe 750—900 Mk., mäßig genährte 600—725 Mk., gering genährte 425—550 Mk. I. Qualität Weidemastschafe 800 bis 850 Mk., II. Qualität 650—700 Mk., III. Qualität 350—500 Mk. Zufuhr 2678 Rinder (hierunter 682 Ochsen, 257 Quien, 364 Bullen, 1375 Kühe) und 1680 Schafe. Das Geschäft verlief ruhig bei allen Qualitäten. Durch die Landw.-Kammer wurden 180 Rinder und 330 Schafe verkauft.

Devisen-Kurse.

Berlin, 16. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		15. Dez.	14. Dez.
Amsterdam	100 fl.	6643.35	6468.50
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1408.55	1393.60
Kristiania	100 Kr.	2809.65	2697.30
Kopenhagen	100 Kr.	3511.45	3426.55
Stockholm	100 Kr.	4485.50	4440.55
Helsingfors	100 finn. Mk.	340.65	329.65
Rom	100 Lire	888.15	834.15
London	1 £	761.70	759.20
New York	1 Doll.	181.06	180.06
Paris	100 Frs.	1468.50	1453.50
Zürich	100 Frs.	3526.45	3511.45
Madrid	100 Pesetas	2727.25	2712.25
Wien	100 K.	6.98	6.98
Budapest	100 K.	26.57	25.97
Prag	100 K.	223.75	214.75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage Std.
Angekommen am 15. Dezember.					
D.		National	Rühr	Hamburg	1½
D.		Inge Kunstmann	Sankowsky	Oxelösund	8
Angekommen am 16. Dezember.					
	S.	Peters	Heye	Rudköping	7

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Was schenke ich?

Eine Auswahl schöner Weihnachtsgaben, die Sie bei uns - noch sehr preiswert - am Lager finden!

Glaswaren

in besonders gediegener Ausführung für den täglichen Gebrauch an Stelle echten Kristalles

Schalen	11.75	8.75	5.75
Tortenteller		35.00	12.00
Kuchenteller	5.75	2.85	1.50
Rahmservice 3teilig			24.50
Butterdosen		12.50	8.75
Käseglocken mit Teller		29.75	18.75
Blumenschalen oval			29.75
Fruchtschalen			17.50

Vasen und Gläser.

Tafel- und Kaffee-Geschirre

Speiseservice 23teilig ... 375.– 245.–	125.00
Kaffee-Service 5teilig. Porzellan dekoriert ... 52.–	48.00
Kaffee-Service 9teilig, Porzellan dekoriert ... 125.–	95.00
Pudding-Service Porzellan dekoriert ... 62.–	39.50
Kinder-Service 5teilig, dekoriert ... 37.50	18.75
Kuchenkörbe bezw. Teller Porzellan ... 21.–	8.75
Milchtöpfe 6 im Satz Porzellan dekoriert ...	35.00
Waschsevice in großer Auswahl ... 245.– bis	57.50

Haushalts-Artikel

Wirtschaftswagen gut. Fabrikat	52.00	48.50
Kohlenplätteisen	51.00	45.00
Reibemaschinen	35.00	26.50
Gebäckkasten	10.50 8.75	6.50
Brotkörbe	15.75 12.75	11.25
Kaffee- u. Zuckerdosen	8.25	6.50
Einholkörbe verschiedene Ausführungen 54.– bis		1.35
Sand-Seife-Soda-Garnit. 4teilig		22.50
Löffel-Garnituren 8teilig		22.50
6 Emaille-Kochtöpfe im Satz Größe 26 - 14 cm gestanzt. 205.–		195.00

Echte Kristalle und Kunstgläser

Eßbestecke und Löffel
in Ia. Solinger Stahl und feinen Alpaka-Qualitäten auch in Geschenk-Etuis

Schreibtisch-Garnituren
in Marmor und Kunstguß

Blumen-Vasen
in Majolika und feinen Kunsttöpfereien

Feine Nickelwaren
besonders preiswert

Gerahmte Bilder
in schöner Auswahl. Einzelne große Bilder weit unter Preis.

Durch Uebernahme eines Engros-Lagers

Ca. 12000 Bilder-Rahmen
verschiedenster Ausführung

Ca. 4000 Briefkassetten
von einfacher bis zu elegantester Ausführung

fabelhaft billig
Für Wiederverkäufer eine vorteilhafte Kaufgelegenheit.

Bücher / Noten
Jugendschriften

In unserer Lederwaren-Abteilung

Damen-Handtaschen in allen mod. Formen ... 375.- 250.- 175.- 145.- bis	29.50
Geldscheintaschen für Damen- und Herren ... 145.– 98.50 65.– 47.50 bis	25.00
Brieftaschen in guten Lederqualitäten ... 245.– bis	55.00
Aktenmappen in Leder braun und schwarz ... 295.– bis	195.00
Schreibmappen verschiedener Ausführung ... 245.– bis	14.50

Reisekoffer — Reisehandtaschen
Rucksäcke — Schultornister

In unserer Bijouterie-Abteilung

Broschen und Blusennadeln in neuer aparter Ausführung. 120.– bis	3.25
Halsketten moderne lange Formen ... 110.– bis	6.00
Manschettenknöpfe in großer Auswahl ... 50.– bis	4.50
Chatelains (Uhrzipfel) in großer Auswahl ... 29.50	24.50

Zigaretten-Etuis
Zigaretten- und Zigarren-Spitzen

In unserer Parfümerie-Abteilung

Feine Parfümerien in Geschenkpackung ... 450.– bis	6.50
Feine Toilette-Seifen in großer Auswahl ... Stück 25.– bis	2.95
Manicur- u. Toilette-Garnituren in bester Ausführung ... 1550.– bis	25.50
Haar-Garnituren letzte Neuheiten ... 65.– 38.–	22.50

Toilette-Artikel jeder Art sehr billig

Parfümzerstäuber verschiedene Ausführung ... 85.– bis	24.50
Rasier-Apparate bewährte Fabrikate ... 69.50 bis	7.75
Rasierspiegel bis zur elegant. Ausführung ... 60.– bis	9.75
Rasierklingen Ia. Fabrikate ... 2.50 bis	1.25
Streichriemen in Etui ... 7.50	5.75

Billige Kleinmöbel:

Bücherborte ... 75.00 bis 47.5	Hocker nußbaumartig lackiert ... 42.50	Nähständer ... 650.00 bis 95.00	Möbelgarnituren weiß, 6teilig, mit Stoffbezug 825.00 725.00
Bücherständer ... 105.00 bis 71.50	Palmenständer ... 250.00 bis 25.00	Rauch-u. Klubtische 575.00 b. 195.00	Korbsessel moderne Formen ... 475.00 bis 115.00
Notenständer ... 175.00 bis 72.00	Blumenkrippen ... 235.00 bis 125.00	Teewagen ... 1625.00 bis 750.00	

Am Sonntag, d. 18. Dezbr., sind unsere Verkaufsräume ununterbrochen von 11 bis 5 Uhr geöffnet.

Hollstenhaus

Prima Hammelfleisch
„ Kalbfleisch
Hack
Pfd. 12 Mk. (10618

Prima dickfettes Rindfleisch,
„ „ Schweinefleisch,
Geräucherte Mettwurst Pfd. 26.—
Gekochte „ „ 22.—
Leberwurst „ 20.—

Carl Möller, Wickedestraße 44, Fernruf 2336.

Weihnachtsangebot!

Schuh-Buchholtz

Schwartauer Allee 4 Gr. Burgstr. 36

hat noch große Vorräte in Schuhwaren aller Art zu sehr billigen Preisen.

Herrenstiefel . . 150, 200, 250 bis 450 Mk.
Damenstiefel . . 125, 175, 210 bis 350 Mk.
Kinderstiefel . 27/30 u. 90, 31/35 v. 110 Mk. an
Burschenstiefel 36/39 125, 150, 175, 195 Mk.
Damen-Schnür- und Spangenschuhe in schwarz, farbig und lack zu billigen Preisen.
Hausschuhe und Pantoffel.
Starke Arbeitsstiefel von 150 Mk. an. Schaftstiefel. Leder-Gamaschen von 125 Mk. an. (10577

Hasen-, Kanin-, Zieg.-, Kalb-, Reh- sowie sämtliche anderen Sorten (10573

Felle,

Pferde- u. Kuhschweifhaare kauft zu den höchsten Tagespreisen

J. Wagner Holstenstr. 8. F. 3414.

Spez. Verlobungsringe

333, 585 750 u. 900 gest.
Silberwaren. Schmucksachen.
Taschen- u. Weckuhren
Willi Westfehling
32 Hüxter Straße 32
Uhren- und Goldwaren-Reparatur-Werkst. (10572

Ahrbergs hannoversche Bockwurst

in bekannter Güte noch unter heutigem Fabrikpreis.

W. Sander (10595

Markt 3. Fernruf 8121. Kohlmarkt 12.

Die höchsten Tagespreise für

Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw.

erhalten Sie bei (10574

Selig L. Cohn, Wahmstr. 62. Telefon 2153.

Billig!! Billig!!

Ein größerer Posten geräucherter

Schweinsköpfe, Rollschinken. Kasseler Rippespeer. (10601

Bauchspeck

billig abzugeben. Wiederverkäufer. Vorzugspreise.

E. Kronsbein Hansastraße 95 Fernspr. 2182.

J. H. Pein

Am Markt 12
Breite Straße 64

Beste Bezugsquelle für gute kl. Manufakturwaren. Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen. Herren- u. Knaben-Garderobe. Arbeiter- und Berufs-Kleidung. (10569

Wir sehen uns genötigt, die Preise zu erhöhen. (10617

Verein der Wäschereibesitzer von Lübeck u. Umgegend.

Praktische

Weihnachts-Geschenke

Rodelanzüge farbig — weiß	Fussbälle
Rodelschlitten	Fussballstiefel
Schlittschuhe	Hockeyschläger
	Hockeybälle

Ausrüstungsgegenstände für den Wandersport
Lodenmäntel für Damen und Herren
Pelerinen, Gummimäntel Ia. Qual.

Gassmann Sporthaus

Mühlenstrasse 34. 10619

Beilage zu Nr. 294
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 16. Dezember 1921

Freistaat Lübeck.

Freitag, 16. Dezember.

Auszahlung der erhöhten Bezüge auf Grund der neuen Ortsklasseneinteilung.

Durch Rat- und Bürgerschluß vom 14. November 1921 sind die nunmehr in der dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes für die Reichsbeamten aufgeführten neuen Grundgehalte, Ortszuschläge und Kinderzuschläge sowie die für die Reichsbeamten bewilligten Teuerungszuschläge auch für die lübeckischen Beamten und Angestellten sowie die Senatsmitglieder eingeführt worden. Die gleichen Bezüge sind ferner auch den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen in derselben Weise wie den Pensionären und Hinterbliebenen des Reiches durch den Rat- und Bürgerschluß vom 28. November 1921 gewährt worden. Die hiernach den Beamten, den Angestellten und den Senatsmitgliedern zustehenden Zahlungen sind bereits erfolgt, an die Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen dagegen werden sie in Kürze zur Auszahlung gelangen. Hierbei sind für die Stadt Lübeck und die eingemeindeten Gebietsteile die Ortsklasse B, für die Landgemeinden die Ortsklassen D oder E zu Grunde gelegt worden. Neuerdings sind bei der endgültigen Feststellung der Ortsklasseneinteilung die Stadt Lübeck sowie die eingemeindeten Stadtteile mit Ausnahme von Travemünde, Schönböcken und Wesloe, von denen ersteres in B, die anderen beiden in C eingereiht sind, in die Ortsklasse A aufgerückt. Von den Landgemeinden sind in die Ortsklasse C die Ortschaften Blankensee, Dummersdorf, Niendorf, Pöppendorf und Wulfsdorf, in die Ortsklasse D Brodten, Dissau, Ivendorf, Kurau, Malkendorf, Niederbüssau, Nusse, Ritzerau, Rönnau, Strecknitz, Teutendorf und Vorrade eingestuft worden, während die übrigen Landgemeinden in der Ortsklasse E verblieben sind. Nachdem der Reichsrat dem Entwurf des neuen Ortsklassenverzeichnisses zugestimmt hat, ist damit zu rechnen, daß auch der Reichstag sich dem anschließen wird. Mit dem Reichsminister der Finanzen hat auch der Senat den Wunsch, die nach dieser Neuordnung der Ortsklassen vom 1. April 1920 ab zu zahlenden höheren Bezüge noch vor dem Weihnachtsfest auskehren zu lassen. Der Senat beantragt daher, sobald der Reichstag das Gesetz verabschiedet hat, die erforderlichen Mehrbeträge alsbald zur Auszahlung gelangen zu lassen.

Richtlinien für die Mietebemessung.

Das Einigungsamt schickt uns folgenden Bericht: Die zunehmende Teuerung, die sich besonders auch bei der Ausführung von Reparaturen an Wohnhäusern zeigt, hatte vor Monaten die Hausbesitzer veranlaßt, beim Einigungsamt eine Ueberprüfung der bestehenden Richtlinien für die Mietbemessung zu beantragen. Die Vollversammlung des Einigungsamtes hat im September eine Kommission eingesetzt, welche diese Ueberprüfung vornehmen sollte. Sie hat eine Fülle von Ertragsberechnungen über Wohnhäuser, sowie eine ganze Anzahl von sachkundigen Gutachten eingefordert. Auf Grund dieses Materials ist von dem stellvertr. Vorsitzenden des Einigungsamtes, Assessor Tormin, ein Vorschlag für die neue Fassung der Richtlinien ausgearbeitet worden, der nach zwei weiteren Monaten auf Grund der inzwischen eingetretenen erneuten Erhöhung aller Preise noch eine Abänderung erfahren hat. In seiner endgültigen Fassung kommt der Vorschlag zu folgendem Ergebnis:

In der Miete von 1914 steckten etwa 70 Proz. für die Verzinsung des im Hause angelegten Kapitals. Diese würden sich infolge des vielfach gestiegenen Zinsfußes für Hypotheken auf etwa 78 Proz. erhöhen. Dazu sollen 12 Proz. (früher 2 Proz.) für Verwaltungsmühe und kleine Auslagen des Hauswirtess kommen, sowie 130 Proz. für Instandsetzungsarbeiten. Letztere stellen einen Mindestdurchschnittssatz dar, der sich wie folgt errechnet: Im Frieden betrug der Anteil der Instandsetzungskosten an der Miete mindestens 12 Proz. Löhne und Materialien sind seitdem mindestens auf das 11—17fache gestiegen, das ergäbe einen Zuschlag von rund 200 Proz.; da aber heute nur die allernotwendigsten Reparaturen ausgeführt werden können, ist dieser Zuschlag auf 130 Proz. herabgesetzt worden. Die obige Berechnung ergibt also, daß die angemessene Miete heute mindestens 78 + 12 + 130 = **220 Proz. der Friedensmiete betragen muß.** (Dazu kommen erhöhte Zuschläge bei Untervermietung und gewerblicher Nutzung.) Neben dieser Miete (Friedensmiete + 120 Proz.) wären von den Bewohnern des Hauses anteilsmäßig die öffentlichen Abgaben zu zahlen. (Grundsteuer, Brandkassenbeitrag, Wasser-, Klosett- und Schornsteinfegergeld). Eine Einigung auf diesen Vorschlag erfolgte in der Kommission nicht. Auch eine eigens einberufene Besprechung mit den Vertretern der beteiligten Organisationen (Hausbesitzervereine und Mieterschutzverein) führte zu keinem Ergebnis. **Von den Hausbesitzern wurde eine Berechnung vorgelegt, nach der ihnen ein Aufschlag von 219 Proz. der Friedensmiete gewährt werde müßte.** Es wurde ihnen vom Vorsitzenden erwidert, daß diese Summe jedenfalls keine geeignete Grundlage für die Verhandlungen abgeben könnte. Sie erklärten sich dann später bereit, bis **auf 150 Proz. herabzugehen.** Die Mieter erklärten zunächst, daß sie überhaupt keinen erhöhten Hundertsatz als Aufschlag zur Friedensmiete bewilligen würden, vielmehr solle den Vermietern und Mietern anheimgegeben werden, sich in jedem Falle auf Grund der vom Hauswirt vorgelegten Unkostenbelege über die Miete zu einigen und falls dies nicht gelänge, sollte das Einigungsamt die Entscheidung in jedem Einzelfalle individuell treffen. Von seiten der Vorsitzenden wurde darauf erklärt, daß ein solches Verfahren zu einer Ueberlastung des Amtes führen würde, die mit der gebotenen Vereinfachung der Verwaltung nicht zu vereinbaren sei, vielmehr eine starke Vergrößerung des Personals und der Räume des Mieteinigungsamtes erfordern würde. Die **Mietervertreter** erklärten sich dann **bereit, einer Erhöhung der Hundertsätze zuzugestehen, wenn ihnen eine Mitwirkung bei der Verwaltung des Hauses, insbesondere bei der Verwendung der Mieteinnahme eingeräumt würde.** Sie wurden darauf hingewiesen, daß eine solche Mitwirkung der Mieter an der Verwaltung des Hauses nur durch Gesetz eingeführt werden könne, es aber nicht in der Macht des Einigungsamtes läge, durch Richtlinien für seine Rechtsprechung eine solche das bürgerliche Recht abändernde Bestimmung einzuführen. Die Mieter erklärten darauf, sie wollten den Erlaß des Reichsmietengesetzes abwarten, der zurzeit in einem Ausschuß des Reichstages beraten wird und dessen Erlaß und Inkrafttreten man im Laufe des nächsten Jahres erwartet. Zuletzt wurde in einer Besprechung mit je einem Vorstandsmitglied der drei beteiligten Vereine folgender Vermittelungsvorschlag gemacht und von den Erschienenen persönlich gutgeheißen: Vermieter und Mieter können am 1. Januar 1922 vereinbaren, daß **vom 1. April 1922 ab** an Stelle der bisherigen Miete **die Sätze des Reichsmietengesetzes** treten, auch wenn dieses dann noch nicht formell in Kraft getreten ist. Sollten die Sätze am 1. April noch nicht feststehen, so soll als Uebergangsmiete am **1. April 1922 ein Zuschlag von 100 Proz. zur Friedensmiete gezahlt** werden und eine **Umlegung aller öffentlichen Abgaben auf die Bewohner des Hauses stattfinden.** Die am Montag, dem 13. Dezember d. J. abgehaltene Vollversammlung des Einigungsamtes beriet über diesen Vorschlag, kam aber noch nicht zu einer Einigung, sondern nur zu der oben wiedergegebenen Stellungnahme beider Parteien. Die Versammlung wurde vertagt, um den Beisitzern Gelegenheit zu geben, sich zunächst noch einmal mit den Organisationen ins Vernehmen zu setzen, auf deren Vorschlag sie in das Amt berufen sind.

•

Der Neue Grundeigentümerverein versucht jetzt die Mieter bange zu machen. Er nahm laut bürgerlichen Blättermeldungen in seiner Versammlung am Mittwoch abend einen Antrag an nach dem

zum 1. April 1922 ein Zuschlag von 200 Prozent zur Friedensmiete zu fordern und daß die sämtlichen Abgaben anteilig von den Mietern getragen werden und der Mieter kein Mitbestimmungsrecht über das Grundstück hat. Alle Vierteljahr soll eine Revision des Mietpreises nach der Anderziffer erfolgen. Für den Fall der Nichtbewilligung durch das Einigungsamt wurden den Anwesenden Richtlinien für die am 1. Januar auszusprechende Kündigung der Wohnungen auf den Weg gegeben.

Der Stuß der Hausbesitzer ist natürlich nur eine einfältige Mache. Ohne Genehmigung des Mieteeinigungsamtes kann keine Kündigung ausgesprochen werden. Wir warnen die Mieter dringend, irgend ein Schriftstück der Hausbesitzer zu unterschreiben. Die Selbstherrlichkeit dieser Herren wird wohl noch etwas gedämpft werden. Wie wir erfahren, können einige die Zeit gar nicht abwarten und haben bereits die Kündigungsanträge eingereicht. Wir wollen sie in diesem Bemühen nicht stören. Nur soviel sei gesagt: es ist ganz ausgeschlossen, daß dem sonderbaren Begehren heißblütiger Hausbesitzer stattgegeben wird.

Vom Weihnachtsfest trennt uns nur noch eine gute Woche und damit rückt auch der Zeitpunkt näher, bei dem die Wahl des Geschenkes an die Lieben entschieden sein muß. Freilich, die große Mehrzahl des Volkes wird sich beim Schenken ziemlich reserviert verhalten müssen. Wo soll denn auch ein Familienvater, dem es noch nicht einmal gelang, den nötigen Winterbedarf an Kartoffeln zu beschaffen, den Mut hernehmen, Geld für Geschenke auszugeben. Und doch ist es das Weihnachtsfest, dem auch er entgegensieht. Auch seine Kinder haben sich wohl schon an den Schaufenstern die Nasen breit gedrückt und daheim den Wunschzettel geschrieben. Wie viele Wünsche werden da unbefriedigt bleiben? Wohl weit mehr als in früheren Jahren. Die ersten Weihnachtsbäume sind bereits zum Verkauf gestellt. Nach unseren Erkundigungen kosten die kleineren Bäume von einigermaßen gutem Aussehen etwa 4—5 Mk., ein Preis, der zwar hoch ist, auf den man sich aber gefaßt machen mußte. Wir wollen hoffen, daß die Preise nicht künstlich in die Höhe getrieben werden. Am Sonntag, dem sogenannten goldenen, werden die Läden bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein. Der eigentliche Weihnachtszauber wird am Mittwoch durch den Weihnachtsmarkt eingeleitet, der auch auf dem alten Bahndamm, der heutigen Poststraße, eine Niederlage erhält. Am Mittwoch treten dann auch die Drehorgelspieler in Tätigkeit. Damit deren Andrang nicht ins Uebermäßige auswächst, werden nur Reichsdeutsche zugelassen. Sie müssen auch Garantie bieten, daß kein Schwindel mit vorgetäuschtem Gebrechen verübt wird.

Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes. In der General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes am Donnerstag wurde zunächst die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Abgegeben wurden insgesamt 1154 Stimmen; hiervon entfielen auf die Liste Löwigt (SPD.) 810, auf die Liste Roß (KPD.) 337; 7 Stimmen waren ungültig. — Es wurde ferner beschlossen, **den arbeitslosen und invaliden Kollegen eine außerordentliche Unterstützung zu Weihnachten** zu gewähren. — Da zu erwarten steht, daß in der nächsten Zeit größere Kämpfe ausbrechen, beschloß die Versammlung einstimmig, ab 1. Januar einen Extrabeitrag von 2 Mark pro Woche von allen vollerwerbstätigen männlichen Kollegen zu erheben, derselbe soll ausschließlich zur Erhöhung der Streikunterstützung dienen. — Zum Schluß wurde den Mitgliedern ein Schreiben der Kommunistischen Partei, welches sich mit dem bekannten Urteil in der Flaggenfrage beschäftigte, zur Kenntnis gebracht. Mit übergroßer Mehrheit beschloß die Versammlung sich an einer am Sonntag morgen in Aussicht genommenen Demonstration zu beteiligen. Die Versammlung erwartet, daß der hiesige Ortsausschuß die gesamte werktätige Bevölkerung hierzu aufruft.

Teuerungszuschüsse für Kriegshinterbliebene. Seit dem 1. August 1921 haben alle Kriegshinterbliebenen, die Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz beziehen, zu ihren Renten von den zuständigen Postämtern einen Teuerungszuschlag erhalten. Diese Teuerungszuschläge sind mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab wesentlich erhöht und zugleich sind die Bestimmungen über ihre Gewährung in verschiedenen Punkten geändert worden. Die Teuerungszuschläge werden jetzt nur noch von den zuständigen Fürsorgestellen, nicht mehr von den Postämtern ausgezahlt. Auf die Rentenquittung für die Januarrente, die bereits vor Weihnachten von der Post abgehoben werden kann, sind daher nur die alten, ursprünglichen Rentenbeträge, die seit September 1921 ausgezahlt wurden, aufzuschreiben. Nach dem neuen Erlaß über Gewährung von Teuerungszuschüssen erhalten ferner nicht mehr alle Witwen einen Teuerungszuschuß, sondern nur noch diejenigen, die nach dem Reichsversorgungsgesetz erwerbsunfähig sind, d. h. die Rente in Höhe von 50 v. H. beziehen und nicht im Erwerbsleben stehen, d. h., deren Gesamteinkommen außer der Rente die Sätze der Erwerbslosenunterstützung nicht um mehr als ein Drittel übersteigt. Bei der Bemessung des Einkommens außer der Rente bleiben die besonderen Aufwendungen außer Ansatz, die der Witwe dadurch entstehen, daß sie einem Erwerb nachgeht. Der Teuerungszuschuß für die empfangsberechtigten Witwen beträgt jetzt monatlich 80 Mk. Außerdem erhalten alle Kriegerwaisen, auch die Kinder wiederverheirateter Witwen und die Kinder der im Erwerbsleben stehenden Witwen einen monatlichen Teuerungszuschuß von 40 Mk. Die Gewährung dieses Zuschusses an Waisen darf nur versagt werden, wenn nach Würdigung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse ein Bedürfnis offenbar nicht besteht. Vollwaisen erhalten einen Teuerungszuschuß von 50 Mk. monatlich, Kriegseltern für jeden rentenberechtigten Elternteil ebenfalls 50 Mk. monatlich. Die Zahlung der Teuerungszuschüsse findet mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1921 ab statt. Die für die Zeit vom Oktober bis De-

Das Gemeindekind.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Nur Pavel ließ sich, als er nach vollbrachtem Tagewerk heimkehrte, in seiner Ueberzeugung, Habrecht sei noch da, müsse noch da sein, nicht irre machen. Er würdigte die, die ihn deshalb verhöhnten, keiner Antwort, lief zur Schule und trat ohne weiteres in die Wohnstube, in der er Mladek fand. Diesen fragte er kurz und barsch: „Wo ist der Herr Lehrer?"

Mladek, der an einem Briefe schrieb, wendete den Kopf: „Da ist der Herr Lehrer," sprach er, auf sich selbst deutend, „und ohne anzuklopfen, tritt man bei ihm nicht ein, das merk dir, du Lümmel."

Pavel stotterte eine Entschuldigung und bat nun, ihm zu sagen, wo der frühere Herr Lehrer sei.

„Abgepascht, und auch du pasch ab!" lautete die Antwort.

Pavel schlich langsam die Treppe hinab, trat in das Schulzimmer, blieb dort eine Weile stehen und wartete; und als der, den er erwartete, nicht kam, ging er ins Gärtchen, in dem er auf und ab wandelte, auslugend, horchend. Plötzlich schlug er sich vor die Stirn . . . Dummkopf, der er war, daß ihm das nicht früher eingefallen! . . . Bei ihm, in seinem Hause befand sich der Lehrer, um ihm — ihm ganz allein Lebewohl zu sagen. Aufjubelnd mit der rasch erblühten Hoffnung, rannte er durchs Dorf nach seiner Hütte und rief, bei ihr angelangt: „Herr Lehrer!"

Keine Antwort. Auch hier alles still, und nun begriff Pavel, daß er seinen alten Wohltäter vergeblich suchte.

In der Mitte der Stube stand der Tisch, an dem er so oft ihm gegenüber gesessen hatte, sein dünnbeiniger Lehnsessel davor und an der Wand sein altersbrauner Schrank. Der Anblick dieser Habseligkeiten schnitt Pavel in die Seele und reizte seinen Zorn. Er schleuderte den Sessel in die Ecke und führte einen Fußtritt gegen den Tisch, daß er krachend umstürzte . . . Was brauchte Pavel das Zeug? Was brauchte er Erinnerungen an den, der ihn so treulos verlassen hatte?

Fort, fort sein einziger Freund! . . . Fort — ohne nur gesagt zu haben: behüt dich Gott! . . . Was für ein Mensch war er denn, daß er das vermochte? . . . Besser tausendmal, er wäre gestorben, daß man an seinem Sarge weinen und denken könnte: bis zum letzten Augenblicke hat er dich lieb gehabt. Aber so entgleiten wie ein Schatten — das macht alle seine Güte und Freundlichkeit schattenhaft.

XIII.

Zur Schnittzeit in demselben Jahre begab sich etwas Außerordentliches. Die Gemeinde führte ein langgehegtes Vorhaben aus; sie kaufte für ihre bisher von einem Pferdegöpel betriebene Dreschmaschine ein Lokomobil. Auf der Eisenbahnstation wurde es abgeholt und zog sechsspännig mit Blumen bekränzt ins Dorf ein. Stolz schritten die Bauern neben ihm, es verdarb keinem die Freude an der wertvollen Erwerbung, daß man nur die erste der zehn Raten, in denen sie bezahlt werden sollte, erlegt hatte, und vorläufig noch nicht wußte, woher das Geld nehmen für die übrigen neun.

Unweit von Pavels Hütte lag frei auf der Anhöhe, das Dorf beherrschend, der Hof des neugewählten Bürgermeisters. Dort eröffnete das Lokomobil seine Tätigkeit. Es dampfte und schnob und die mit ihm in Verbindung gesetzte Dreschmaschine schluckte die dargereichten Garben und spie mit nie dagewesener Geschwindigkeit die ausgelösten Körnlein aus und das zerknitterte Stroh. Anfangs drängte sich viel Publikum zu dem hübschen Schauspiel, allmählich jedoch ließ bei den meisten das Interesse an dem ewigen Einerlei nach und erhielt sich nur bei einem armen Jungen unvermindert, der wohl keine Aussicht hatte, die Maschine jemals in Verwendung zu nehmen — bei Pavel. Er hatte Arbeit beim Holzschlag im herrschaftlichen Wald erhalten und machte auf dem Gang dahin täglich einen kleinen Umweg, um den Anblick des schnaubenden Ungeheuers zu genießen, dem er sich mit stillem Staunen hingab, bis es hieß: „Mach, daß du fortkommst!" — „Wenn der einem die Maschine wegschauen könnte, er tät's," meinte der Bürgermeister. Pavel ging, nahm aber die Erinnerung an die Bewunderte mit sich und hatte ein deutlicheres Bild von ihr im Kopfe als die Bauern, die in ihrer nächsten Nachbarschaft auf der Bank an der Scheune saßen und die Hantierung der Taglöhner überwachten.

Wohlgefällig sahen die Eigentümer des Getreides, das eben gedroschen wurde, zu, und freuten sich, wenn die fleißige Maschine die Arbeit in wenig Tagen fertig brachte, die ihnen wochenlang zu tun gegeben hätte. Bald kam die Frage zur Beratung, ob man nicht einen Teil der jetzt übrig bleibenden Zeit dem für den Bauer so außerordentlich lockenden Vergnügen der Jagd widmen solle? Im nächsten Jahre lief der Pachtkontrakt mit der Herrschaft ab, und man gedachte sich's dann wohl zu überlegen, ehe man ihn erneuern würde. Die Sache wurde oft besprochen und fand in der Gemeinde nur wenige Gegner, unter ihnen jedoch einen sehr einflußreichen und sehr entschiedenen, nämlich Peter. Aus lauter Geiz, behaupteten seine Feinde, ihn reue das Geld für die Jagdkarte, für Pulver und Blei. Er ließ das gelten und erklärte, er brauche sein Geld „zu was Gescheiterem."

Nun höhnten die Spötter regelmäßig: bei ihm ginge eben alles in Hafer auf für die Kohlfuchsen, daß die doch ein bißchen zu Kräften kämen.

Damit gelang es immer, Peter wild zu machen.

Er setzte seinen ganzen Stolz in eine Pferdezucht, die schon sein Vater mit gutem Glück betrieben, und war kürzlich zu einer Prämiierung von Arbeitspferden mit zwei Kohlfüchsen gefahren, deren Anblick, wie er oft geprahlt hatte, die Kommission umreißen und alle anwesenden Pferde in Grund und Boden schlagen müsse". Statt dessen hatte man ihn zurückkommen sehen ohne Preis, zornig und schimpfend über die Kommission, die zusammengesetzt gewesen sei aus lauter Eseln. Im Dorfe verspottete man ihn; jeder wußte, die Kohlfüchse waren für Arbeitspferde zu schwach befunden worden, und nun setzte Peter seinen Kopf darauf, sie zu den stärksten Pferden weit und breit zu machen, und hoffte nur auf die Gelegenheit, einen glänzenden Beweis davon zu geben, daß ihm dies gelungen sei. Der ersehnte Augenblick schien endlich gekommen. Wenn die Maschine am Getreide des Bürgermeisters und an dem der Umgebung ihre Schuldigkeit getan haben würde, sollte sie im Hof Peters am unteren Ende des Dorfes aufgestellt werden, und er hatte die Zeit, sie abzuholen, kaum erwarten können. Am bestimmten Tage — das Lokomobil war noch im Gange — erschien er schon mit einem Gesicht so aufgeblasen wie ein Luftballon, hinter ihm sein Knecht, der die angeschirrten Kohlfüchse am Zügel führte. „Was willst mit den Perden?" fragte der Bürgermeister, „wraum bringst nicht ein paar tüchtige Ochsen? Die Pferde halten dir die Maschine über den Berg nicht zurück." Barosch und Anton, die eben da standen, einige jüngere Leute und alle Taglöhner waren derselben Meinung, sogar Pavel, der mit einem Auftrag vom Förster an den Bürgermeister geschickt worden, erlaubte sich, in Gegenwart der Notabilitäten den Mund aufzutun und sagte: „Und der Maschine kann das größte Unglück geschehen."

Peter schob die kurze Pfeife aus dems linken Mundwinkel in den rechten und den Hut weiter zurück ins Genick. „Spann ein," befahl er kurz und gebieterisch dem Knecht und zog den Gäulen die Stränge vom Rücken.

„Wart," rief der Bürgermeister, „wirst doch so nicht fahren, wirst doch früher das Feuer herausnehmen lassen." Er öffnete die Tür des Kohlenbehälters, und Barosch näherte sich mit dem Schüreisen; aber Peter donnerte ihn an:

„Laß bleiben! So wie sie dasteht, so ziehen meine Roß sie fort," schlug die Tür des Kohlenbehälters wieder zu, half dem Knecht einspannen und ergriff die Leitseile und die Peitsche.

(Fortsetzung folgt.)

zember von der Fürsorgestelle bezw. vom Postamt bereits gezahlten Zuschüsse werden angerechnet. Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse für die Monate Oktober 1921 bis Januar 1922 findet statt an Kriegshinterbliebene im Wohlfahrtsamt, Untertrave 104, in der Woche vom 19. bis 24. Dezember 1921, nachmittags von 3—5½ Uhr. Alles Nähere ist aus der amtlichen Bekanntmachung in der Donnerstag-Nummer zu ersehen. Falls in einzelnen Fällen auch nach diesen veränderten Bestimmungen noch durch Nichtgewährung von Teuerungszuschüssen besondere Schwierigkeiten entstehen sollten, sind vom Reich Mittel zum Ausgleich von Härten bereitgestellt. — Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß demnach für alle rentenempfangenden Kriegseltern, Halb- und Vollwaisen und erwerbslosen, nicht im Erwerbsleben stehenden Kriegerwitwen in der Fürsorgestelle, Untertrave 104, Zimmer 48, die Teuerungszuschüsse in Empfang zu nehmen sind.

Teuerungszuschüsse für Schwerbeschädigte. Nach einem neuen Erlaß des Reichsarbeitsministeriums werden die Teuerungszuschüsse für diejenigen Schwerbeschädigten, die nicht im Erwerbsleben stehen, erheblich erhöht werden, während die Teuerungszuschüsse für alle Rentenempfänger, die im Erwerbsleben stehen, vom 1. Januar 1922 wegfallen. Als nicht im Erwerbsleben stehend gilt nach diesem Erlaß derjenige Schwerbeschädigte, dessen Einkommen einschließlich Erwerbslosenunterstützung, Krankengeld usw. die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung nicht um ⅓ übersteigt. Personen in selbständigen Berufen, z. B. Kaufleute, Handwerker, Landwirte — auch mit kleinem Grundbesitz — werden die erhöhte Teurung in der Regel ohne besondere Zuschüsse ausgleichen vermögen. Nach dem neuen Erlaß werden Schwerbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um 50—80 % gemindert ist, monatlich 90 Mk., solche, deren Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 % gemindert ist, 180 Mk. monatlich erhalten. Außerdem wird der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, für jedes Kind, für das er nach dem Reichsversorgungsgesetz Kinderzulage erhält, monatlich 30 Mk. Teuerungszuschuß erhalten. Sämtliche Teuerungszuschüsse, die einen Aufwand von 800 Millionen Mark erfordern, werden durch die amtlichen Hauptfürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in Lübeck, Untertrave 104, Zimmer 13 gezahlt. Außerdem hat das Reich weitere 200 Millionen Mark für Maßnahmen der sozialen Fürsorge zur Verfügung gestellt, aus welcher Summe Kriegsbeschädigte ohne Rücksicht auf den Grund ihrer Erwerbsbeschränkung in besonderen Notlagen unterstützt werden sollen. Es wird aber nochmals darauf hingewiesen, daß im allgemeinen nur die Schwerbeschädigten Zuschüsse erhalten können, deren Einnahme geringer ist, als ⅓ der Erwerbslosenunterstützung. Die erste Zahlung findet vom 19. Dezember an statt.

Aus dem Jahresbericht des Wohlfahrtsamtes.

Die amtliche Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, in deren Beirat alle maßgebenden Verbände und Gewerkschaften vertreten sind, umfaßt insbesondere Auskunftserteilung, Rechtsberatung und Rechtshilfe, Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, Berufsbildung, Heilfürsorge, Gewährung von Unterstützungen und Familienfürsorge, Heimstättenbeschaffung, Landansiedelung und Erwirkung von Vergünstigungen. Eine neue umfangreiche Aufgabe ist der Hauptfürsorgestelle durch die Uebernahme der Vorarbeiten für die Umanerkennung der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erwachsen. Die schwierige Lage des wirtschaftlichen Lebens führte aber dazu, daß die Tätigkeit der Fürsorge für die bereits entlassenen Kriegsbeschädigten bedeutend zunahm. Auch übernahm die Hauptfürsorgestelle am 1. September 1920 die Fürsorge für die ehemaligen Kriegs- und Zivilgefangenen. Eine Werkstatt für Schwerbeschädigte wurde eingerichtet. Insbesondere wird in dieser Werkstatt Stuhl-, Korb- und Mattenflechterei betrieben. In dieser Werkstatt werden neben Kriegsbeschädigten auch andere Schwererwerbsbeschränkte beschäftigt. Die Arbeitsvermittlung für die entlassenen Kriegsbeschädigten wurde wie bisher von dem öffentlichen Arbeitsnachweis besorgt. Lübeck steht in der Unterbringung der Schwerbeschädigten von allen deutschen Staaten bei weitem an erster Stelle. Auch der lübeckische Staat hat Bestimmungen getroffen, die die Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Behörden regelt. Wichtige Mitteilungen und Verfügungen für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden im Nachrichtenblatt der Hauptfürsorgestelle bekannt gemacht. Wenn auch die meisten Kriegsbeschädigten in Lübeck einem Berufe zugeführt werden konnten, so reichte doch in vielen Fällen ihr Einkommen nicht aus, um für sich und ihre Familie ausreichend zu sorgen. Die Hauptfürsorgestelle mußte infolgedessen durch Gewährung von Vorschüssen und Unterstützungen in vielen Fällen helfend eingreifen. Die Gesamtsumme beträgt rund 500 000 Mk. 190 Schwerbeschädigten wurden, soweit sie im Gehen behindert sind, unentgeltliche Monatskarten zur Benutzung der Straßenbahn zwischen ihrer Wohnung und Arbeitsstätte gewährt. Bei sämtlichen Eisenbahnen Deutschlands genießen die Kriegsbeschädigten bei bestimmten Reisen ganz erhebliche Vergünstigungen. Elf Kapitalabfindungen wurden bewilligt. Die orthopädische Werkstatt wurde am 1. Januar 1920 aufgelöst.

Vom Reich sind der Hauptfürsorgestelle für das Rechnungsjahr 1920: 115 280 Mk. zugeflossen, vom lübeckischen Staat 30 000 Mark. Die Hauptfürsorgestelle übernahm im September 1920 auch die Fürsorge für die Veteranen der früheren Kriege und deren Hinterbliebene. An einmaligen Unterstützungen konnten die einzelnen Veteranen nur Summen von 100—250 Mk. und an laufenden Unterstützungen monatlich 25—50 Mk. erhalten. Beträge, die in keiner Weise ausreichten, die dringendste Not zu lindern.

Schöffengericht.

Ein flottes Leben ohne Geld führten zwei junge Burschen, die sich am Donnerstag wegen Betruges zu verantworten hatten. Die beiden Angeklagten, namens B. und H., sind ohne Beruf und wurden bisher von den Eltern unterhalten. Sie zogen als flotte Kavaliere von einer Wirtschaft in die andere und gaben sich als vermögende Leute aus. H. wurde auch in einigen Fällen als reicher Fabrikant vorgestellt. Da letzterer früher auf der Holstenbank ein Konto besaß und noch im Besitz eines Scheckbuches war, so stellten sie überall Schecks im Betrage von 200 Mk. bis 400 Mk. aus. Die Scheine waren völlig wertlos und die Wirte merkten erst später, daß sie betrogen waren. Insgesamt sollen sich die Angeklagten in fünf Fällen des Betruges schuldig gemacht haben. In einem Falle wird die Anklage fallen gelassen. B. erhielt wegen Betruges in 4 Fällen 3 Monate Gefängnis und H. wegen Beihilfe des Betruges 6 Wochen Gefängnis. — **Als Betrüger und Spitzbube** entpuppte sich der vorbestrafte Arbeiter St., der sich mit einer Dame, die er als seine Frau ausgab, bei den Eheleuten B. einquartiert hatte. Er stahl letzterer 2 Taschenuhren im Werte von 1500 Mk. und verkaufte ihnen ein Fahrrad, welches er sich geliehen hatte. Schließlich verschwand St. unter Hinterlassung von 50 Mk. Logischulden. Der Angeklagte erhielt wegen Betruges und Diebstahls 5 Monate Gefängnis. — **Wegen Unterschlagung und Untreue** hatte sich der Kaufmann H. zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er bereits verpfändete Maschinen und Werkzeuge zum zweiten Male an eine hiesige Bank verpfändet hat. Außerdem soll er einen Grundschuldbrief von 15 000 Mark veruntreut haben. Die letzte Sache wird vertagt, da noch weitere Zeugen geladen werden sollen. Im ersten Falle hielt das Gericht Unterschlagung für vorliegend und erkannte auf 3 Wochen Gefängnis. — **Schwindelamt** hatte der Bäckermeister H. aus Schlutup bei einer Auseinandersetzung mit seinen Hausbewohnern das Mieteinigungsamt genannt. Diese Aeußerungen wurden von den Mietern dem Mieteinigungsamt mitgeteilt. Der Angeklagte erhielt wegen Beleidigung 10 Mark Geldstrafe. — **Wegen Diebstahls** erhielt der Arbeiter R. 6 Wochen Gefängnis. Er hatte einer Frau eine silberne Uhr und einem Arbeiter etwa 80 Mark gestohlen. — **Ein Zimmer gemietet und sogleich ausgeräumt** hat der Stemmer Sch. Kaum hatte er das von einer Witwe gemietete Zimmer bezogen, als er die darin befindlichen Wäschestücke und Stickereien im Werte von 2000 Mark zusammenpackte und damit verschwand. Urteil: zwei Monate Gefängnis. — **Ein Weinliebhaber** ist der Heizer S., der am Hafen eine Kiste mit Wein im Werte von 2000 Mark sich angeeignet hatte. Er wurde aber bei der Fortschaffung ertappt. Der Angeklagte bestritt, sich des Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Das Gericht hielt ihn aber für überführt und erkannte auf 4 Wochen Gefängnis. — **Wegen Hehlerei** erhielt die Arbeiterin St. eine Woche Gefängnis. Sie hatte von ihrem Bräutigam Sachen angenommen, die dieser in einem hiesigen Geschäft gestohlen hatte.

*

Ausgabe von Gutscheinen für Kartoffeln und Feuerung. Die Ausgabe von Gutscheinen für billige Kartoffeln, Koks und Briketts durch das Wohlfahrtsamt ist nunmehr eingestellt. Es ist beabsichtigt, Ende Januar 1922 noch einmal eine derartige Verteilung vorzunehmen.

Ermäßigung der Nähgarnpreise. Die letzte überaus große Erhöhung der Garnpreise hat sowohl in den Kreisen der Verbraucher, wie auch im Handel und in den Nähfaden verbrauchenden Industrien den lebhaftesten Widerstand gefunden und dazu geführt, daß die Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle sowie das Reichswirtschaftsministerium um ein Einschreiten ersucht worden sind. Wie die „Textil-Woche" erfährt, wird nach Rücksprache der Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle mit den Organisationen der Nähfaden-Industrie bereits in der kommenden Woche eine ganz wesentliche Preisherabsetzung für Nähgarn eintreten.

Der Margarinepreis fällt. Auf Vorschlag der Preiskommission des Margarineverbandes sind die Preise weiter herabgesetzt worden. Sie stellen sich für Waren, die vom 14. Dezember ab vom Lager geliefert werden, für die verschiedenen Sorten auf **21 Mark bis 27 Mark.** Diese Preise sind Kleinhandelspreise für gesalzene Ware, zu denen noch die üblichen Handelszuschläge kommen.

Stellenvermittlung für gehobene weibliche Berufe. Vom Arbeitsamt erhalten wir folgende Zuschrift: Es ist immer noch nicht genügend bekannt, daß sich beim Arbeitsamt Lübeck auch eine Stellenvermittelung für gehobene weibliche Berufe befindet, die der Berufsberatungsstelle für Frauen und Mädchen angegliedert ist und dieselben Sprechzeiten wie diese hat (Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 12 bis 2 Uhr, außerdem Dienstags nachmittags von 4 bis 6 Uhr). Es wäre wünschenswert, daß diese Vermittelungsstelle von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen noch stärker als bisher in Anspruch genommen wird. Die Stellenvermittelung beschränkt sich naturgemäß nicht auf Lübeck selbst, sondern steht in Verbindung mit den benachbarten Landes- und Provinzialarbeitsämtern und den in Betracht kommenden Berufsorganisationen. Auch ist man behilflich, Stellen im Ausland nachzuweisen. Es wird von Vorteil sein, in allen Fällen, in denen es sich um eine Vermittelung gehobener weiblicher Angestellter handelt — wie z. B. Gesellschafterinnen, Privatsekretärinnen, Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen, Gärtnerinnen, technischen Assistentinnen usw. —, sich dieser Vermittelungsstelle zu bedienen. — Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß die Nachfrage nach gebildeten Hausgehilfinnen dauernd zunimmt, und daß zurzeit beim Arbeitsamt eine Anzahl solcher Stellen gemeldet ist.

Gegen die Verfertiger von Bittbriefen wendet sich die Zentrale für private Fürsorge. Sie betont, es handle sich bei den Bittstellern vielfach weniger um wirkliche Not, als um den Versuch, das Mitleid anderer auszubeuten. Häufig werde dadurch den wirklich Bedürftigen die so notwendige Unterstützung entzogen, da mancher Geber, dessen Gutmütigkeit mißbraucht sei, auch dann nichts mehr gebe, wenn wirkliche Not an seine Tür klopfe. Bittbriefe von unbekannten Absendern sollen der Zentrale für private Fürsorge, Königstraße 19, zur Nachprüfung übersandt werden.

Ermäßigung der Auslands-Telegrammgebühren. Wegen Besserung des Markkurses wird vom 15. Dezember ab der Umrechnungssatz für 1 Goldfranken von 48 Mk. auf 36 Mk. herabgesetzt. Infolgedessen ermäßigen sich die Wortgebühren für Telegramme nach Belgien auf 5,40 Mk. (jetzt 7,20 Mk.), Bulgarien 10,40 Mk. (14 Mk.), Dänemark 5.40 Mk. (7.20 Mk.), Finnland 9 Mk. (12.10 Mk.), Frankreich 6.40 Mk. (8.60 Mk.), Großbritannien 7,60 Mk. (10,20 Mk.), Jugoslawien 9 Mk. (12.10 Mk.), Lettland 9 Mk. (12,10 Mk.), Litauen 6,40 Mk. (8.60 Mk.), Niederland 4.40 Mk. (5,90 Mk.), Norwegen 7.20 Mk. (9.70 Mk.), Polen 6.40 Mark (8.60 Mk.), Portugal 10 Mk. (13,50 Mk.), Rumänien 9 Mk. (12,10 Mk.), Rußland 14,60 Mk. (19.70 Mk.), Schweden 6.40 Mk. (8,60 Mk., Schweiz 5,46 Mk. (7.20 Mk.), Spanien 9 Mk. (12,10 Mark), Türkei 19,60 Mk. (26,40 Mk.). Die Wortgebühren nach Oesterreich und der Tschechoslowakei betragen 1 Mk. (1,20 Mk.), Ungarn 2,80 Mk. (3.60 Mk.) Im Ueberseeverkehr ermäßigen sich die Gebühren um etwa ein Viertel der bisherigen Sätze.

Von der Schiffahrt. Der auf seiner Ausreise nach Südamerika befindliche Dampfer „Seydlitz" des Norddeutschen Lloyd ist während seines Aufenthaltes in den spanischen Häfen: La Coruna, Villagarcia und Vigo auf das freundlichste begrüßt worden. Die spanische Presse spricht sich über die Einrichtungen des Schiffes sehr anerkennend aus. Besonders werden die Einrichtungen für die 3. Klasse hervorgehoben und die Verpflegung an Bord als eine nicht zu übertreffende bezeichnet. Nach Berichten aus den spanischen Häfen hat das Wiedererscheinen der altbekannten Lloydflagge daselbst, vor allem aber auch die Zufriedenheit der von Deutschland kommenden Reisenden mit den Verhältnissen an Bord, sowie mit der Verpflegung großen Eindruck gemacht. Vertreter des Norddeutschen Lloyd in Lübeck ist die Reederei C. F. Schütt u. Co., Untertrave 12/13.

Auswärtige Spende an das Lübecker Waisenhaus. Dem hiesigen Waisenhaus sind vom deutschen Frauenverein in Lima (Peru) 10 000 Mk. überwiesen worden.

Herr Prokurist Reetz bei der Firma Lüders & Stange teilt uns mit, daß er mit dem kürzlich vom Schöffengericht verurteilten Kaufmann R. nicht identisch ist.

pb, **Abhanden gekommen** ist ein blaugestrichener Kindersportwagen, der auf dem Hausflur in der Rosenstraße gestanden hatte, und eine graugestrichene schottische Karre mit dem Namen H. Otte.

*

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Volkshochschule. Am Sonnabend, dem 17. Dezember, 8 Uhr abends, spricht Herr Paul Hinne im Johanneum über: „Theodor Storm, der Mensch und der Dichter". Der Vortragende wird versuchen, den Zusammenhang von Leben und Dichtung darzulegen. Bei der großen Verehrung, die Storm als Lyriker und Novellendichter genießt, dürfte der Vortrag von Interesse sein.

Stadttheater. Am Sonnabend nachmittag findet die erste Wiederholung des Märchens „Die schönste Prinzessin" statt. Abends gelangt „Die Fledermaus" zur Aufführung.

Hansatheater. Sonnabend: „Walzertraum". Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen das reizende Weihnachtsmärchen „Frau Holle"; abends 7½ Uhr: Erstaufführung von „Das Milliardensouper". Montag zum letzten Male zu bedeutend herabgesetzten Preisen: „Reigen".

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Landesausschuß. Das Barometer stand von vornherein auf Sturm. Zuerst berichtet der Vorsitzende über den Erfolg der Deputation beim Ministerpräsidenten Tantzen in Oldenburg. Er verliest das an die Regierung in Eutin gesandte Telegramm des Staatsministeriums, das zuerst die rechtliche Lage der Situation erklärt, dann der Regierung rätet, den Landesausschußwillen hinsichtlich der Nachmittagssitzungen zu berücksichtigen. Die Mittagsstunde der Beamten sei kein zwingender Grund dagegen. Die Regierung wolle sich mit Steenbock wegen der neuen Einberufung verständigen unter möglichster Zeitwunschberücksichtigung. — Es folgt die Feststellung der Landesverbands- und Kriegswirtschaftsrechnung für 1920. Der Präsident wird telephonisch geladen und sagt sein Erscheinen zu. In der Pause soll die Wahl von Mitgliedern für das Verwaltungsgericht vorgenommen werden. Das war bisher eine Domäne der Rechten, und als nun die Genossen Gloe und H. Fick aufgestellt wurden, war der Konflikt da. Es gab eine schwere Debatte und nach recht unerquicklichen Szenen, Beratung der Fraktionen unter fleißiger Mitarbeit des aus Eutins schwersten Tagen bekannten Realschullehrer Harders, der seit einiger Zeit unentwegter Gast im Zuhörerraum ist, einigt man sich auf Listenwahl. Gewählt wurden nach großer Schwierigkeit Ehlers und Gloe, Ersatzmänner Höft und H. Fick. Die Wahl wurde aber von rechts und links sofort angefochten. — Wahl von Mitgiedern zur Abschätzung von Kriegsbedürfnissen nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 13. Juli 1873 (Antrag der Regier.). Der Landesausschuß stimmt mit großer Majorität für Uebergang zur Tagesordnung, ebenso bei dem folgenden gewiß sehr zeitgemäßen Antrag: Wahl von Mitgliedern zur Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstehenden Flurschäden. Gesetz von 1873, heute schreiben wir 1921 und haben kein Heer, sondern eine Reichswehr! — Nach der Beratung einiger Elektrizitätsanträge folgt Fortsetzung der Feststellung der Rechnung für 1920. Dabei kam es zu einem sehr scharfen Zusammenstoß zwischen einem unserer Genossen und dem Präsidenten. Der Vorsitzende ist machtlos, Schlußantrag, die Rechte bis auf die Demokraten verlassen den Saal, der Präsident desgleichen, Harders bleibt im Zuhörerraum. (Uebrigens hatte Genosse Gloe schon vorher den Antrag gestellt, Herrn Harders aus dem Zuhörerraum zu verweisen, weil er sich wiederholt mit dem Saale in Verbindung setzt; die Geschäftsordnung aber bot dafür keine Handhabe). Der Vorsitzende schließt die Versammlung um 5 Uhr. Unruhe im ganzen Regierungsgebäude, einige Mitglieder verschwinden, schließlich einigt man sich, so gut es geht, noch einmal zusammenzutreten, um die vier Staatsvorlagen zu begutachten. Die Mitglieder werden zum Teil telephonisch gerufen und die vier Punkte im Schnellzugtempo durchgepeitscht. Aus dem letzten Punkte, Abänderung der Gemeindeordnung, dürfte die Leser besonders interessieren, daß mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde, die Zahl der Mitglieder des Landesausschusses von 26 auf 18 herabzusetzen. Wenn das Staatsministerium seine

Variete-Politik.

Von Hans Bauer.

Vor vielen, vielen Jahren hörte ich einmal den famosen Humoristen Otto Reutter einmal ein Couplet singen, das den Refrain hatte: Aber keiner fängt an, aber keiner fängt an.

Alles mögliche fing keiner an: An der Stammtischrunde fing keiner damit an, nach Hause zu gehen. Von zwei Eheleuten die verstritten waren, fing keiner mit dem Sterben, von einer Judenfamilie an der Ostsee keiner mit dem Baden an. . . . Und dann kam auch ein Vers, in dem es von den Sozialdemokraten hieß, daß sie wohl für Freiheit und Brüderlichkeit schwärmten, und daß sie sagen: Wir teilen unser Geld. Aber keiner fing damit an, keiner fing damit an.

Ich weiß heute noch, wie endlos lange nach diesem Vers geklatscht wurde. Bei den anderen hatte man über die hübschen Situationen geschmunzelt, die Reutter zu seinem Refrain gefunden hatte, aber hier begrüßte man die Gesinnung, den Inhalt, die Tat der — Enteignung des Karl Marx.

Denn, bitte schön, war dies nicht etwa eine schneidige Waffe gegen alle sozialistischen Theorien, dies: Keiner fängt an. Wo waren sie denn, diese Herren Sozialisten, die ihre Habe hingegeben und „geteilt" hätten. Nein, nein: nach der Auffassung der Zuhörermehrheit hatte er schon recht, dieser Otto Reutter. Wir teilen unser Geld, sagten die Sozialisten. Aber — Haha — keiner fing damit an.

Und diese etwas reichlich — sagen wir milde — oberflächliche Widerlegung des Sozialismus also ward beklatscht. Wütend beklatscht. Und es war unbedenklich, diesen Vers zu bringen. Um 1910 herum als Reutter dies Couplet auf seinem Repertoir hatte, war die Sozialdemokratie noch eine Partei, der sich zuzuzählen in Bürgerkreisen gerade als Schande galt und der sozialistische Arbeiter war ein Mann, der sich kaum leisten konnte, in ein Variete zu gehen. Auf irgendwelchen beachtlichen Widerspruch stieß also Otto Reutter gewiß nicht, wenn er diese Verse brachte. Das war vor elf Jahren.

Heute geschieht es zwar noch häufig genug, daß im Kabarett der sozialistische Gegner angeödet wird. Aber es geschieht doch weit seltener als früher. Die Verhältnisse haben sich seit 1910 gewandelt. Dafür hat der Variete- und Kabarettthumorist, sofern er politisch wird, eine andere milchende Kuh: Das Ausland. Und da ist es ein für allemal ausgemacht: Wilson ist ein Erzheuchler, Lloyd George ein Blödian, Clemenceau ein Sadist, der Pole ein Schwein, der Besatzungsneger ein Menschenfresser. Kein vernünftiger Deutscher wird sich dagegen wehren, daß die politische Satire dem Ausland eins auswischt. Aber der Geschmack empört sich gegen eine unsinnige Verallgemeinerung und gegen eine ewig planvolle Ausschlachtung von wirklichen und vermeintlichen Sünden des Auslandes zum höheren Ruhm eines Humoristen. Viele von ihnen, wie zum Beispiel gerade jener Otto Reutter haben es wahrhaftig nicht nötig, in Nationalisterei zu machen und den Beifall, den sie sich für ihre unpolitischen Sachen ehrlich verdienen, sich noch außerdem durch ein Entgegenkommen an die Hetzinstinkte der Unversöhnlichen zu erschieben.

Zehntausende sitzen allabendlich allein in den Varietes und Kabaretts von Berlin. Gerade für die von ihnen, die nicht den schlechtesten Geschmack haben, ist es beispiellos langweilig, zu sehen, daß die Humoristen unter politischer Satire sich nichts anderes als Anpöbelung des Auslandes und der Republik scheinen vorstellen zu können.

Wir wünschen beileibe nicht etwa Humoristen, die ausgemacht unsere Gesinnung haben, aber doch Humoristen, die genug Charakter besitzen, auf ein Mehr an Applaus zu verzichten, das ihnen donnernd von einem Parkett entgegendröhnt, das vor elf Jahren im „Teilen" den Wesensbegriff des Sozialismus definiert sah und auch heute noch eine Gesinnung immer stärker als eine Leistung zu beklatschen geneigt ist.

Solche Einschmeichelei der Artisten beim Publikum durch Gedankengänge, die erfahrungsgemäß lediglich ihrer selbst und nicht einer guten Form oder eines guten Vortrags wegen begrüßt werden, ist widerlich.

Wo ist die — vielleicht allerdings geschäftstüchtige — Direktion, die zum ersten Male einen Humoristen auftreten ließe, der vor gar keiner Partei Respekt hat. Auch vor der nicht, der das Weinpublikum angehört.

Ihr sei dieser Artikel gewidmet.

Zustimmung gibt, soll diese Zahl schon für den neuen Landesausschuß gelten. Ach, die armen letzten drei der Listen! — Dem Antrag, betr. Anstellung eines dritten Staatsanwalts am Landgericht Lübeck wurde gutachtlich zugestimmt, ebenso der Vorlage betr. Aenderung des Emerit.-Gesetzes der evangelischen Geistlichen im Landesteil. — Es war ein dunkler Tag, sogar das elektrische Licht streikte dreimal und — gutes oder böses Omen — sogar die Anschlußkommission aus Lübeck spukte in den Wandelgängen des Regierungsgebäudes umher.

Hamburg. Ein kommunistisches Fälscherstückchen. Die „Hamb. Volksztg." kommt nachträglich auf die Idee, den Putsch in Geesthacht als Mache des sozialdemokratischen Polizeisenators Hense hinzustellen. Sie behauptet, Geesthacht sei am 25. April durch Spitzel beauftragt worden, um 8 Uhr loszuschlagen. Die komm. Genossen hätten diese geschickt durchgeführte Spitzelnachricht für echt gehalten und ihr Folge geleistet. Betriebe besetzt, Sipo entwaffnet, sich in den Besitz von Waffen gesetzt. Das kommunistische Blatt behauptet also nicht mehr und nicht weniger, als daß der sozialdemokratische Polizeisenator zuerst die Hamburger Arbeiterschaft aufputschen wollte, um sie nachher niederschlagen zu können. Die ganze Behauptung ist ja zu dumm, als daß sie selbst ein strammer Kommunist glauben könnte. Das „Hamb. Echo" zerpflückt denn auch haarklein dieses Fälscherstückchen nach Gebühr und stellt fest, daß sich der komm. Aktionsausschuß gespalten hatte und nun eine Gruppe die andere vor vollendete Tatsachen stellen wollte. Aber, so fragt unser Hamburger Bruderblatt, wenn man schon der „Volkszeitung" den Gefallen tun und an ihre Spitzelgeschichten glauben wollte: Ist es nicht geradezu niederschmetternd für eine Partei, wenn ihre Anhänger auf Nachrichten irgendeines großen Unbekannten hin zu Dummheiten wie die von Geesthacht bereit sind?

Kiel. Lebensmittel-Transport im Leichenwagen. Zu einem großen Menschenauflauf kam es Montagabend. Passanten hatten beobachtet, wie aus einem Leichenwagen, der vor dem Butterhaus Roland hielt, Lebensmittel abgeladen wurden. In dem verschlossenen Kastenwagen, in dem sonst uneingesargte, aufgefundene Leichen Ertrunkener, Erhängter usw. transportiert werden, befanden sich mehrere Kolli Käse und Margarine und einige offene Butterfässer, die nur mit einem Stück Papier zugedeckt waren. Der Zuschauer bemächtigte sich ob dieser unerhörten Vorkommnisse eine gewaltige Erregung. Sie spannten die Pferde aus und forderten von den Beamten der Schutzpolizei, die sich inzwischen angesammelt hatten, daß polizeilich festgestellt werde, was sich im Wagen befinde. Die Waren wurden daraufhin beschlagnahmt und der Wagen von streikenden Transportarbeitern nach dem Hofe des Polizeipräsidiums geschoben.

Neustrelitz. Eine Antwort an deutschnationale Verleumder. Der Landtag des Freistaates Mecklenburg-Strelitz stellte gegen eine Stimme fest, daß der vom Staatsminister Freiherr v. Reibnitz im November 1919 gemachte Versuch, Zucker im Werte von 3 Millionen Mark zu beschaffen, im Auftrag des Landesausschusses und der Staatseinkaufskommission gemacht wurde und zwar lediglich im Interesse des Landes.

Aus der Partei.

Erhöhung der Parteibeiträge. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen haben die nachfolgend genannten Bezirksorganisationen infolge der Geldentwertung die gewöhnlichen Parteibeiträge ab 1. Januar erhöht für: Ostpreußen 1 ℳ (60 ₰), Brandenburg 1 ℳ (60 ₰), Pommern 1 ℳ (50 ₰), Breslau 1 ℳ (50 ₰), Görlitz 1 ℳ (50 ₰), Halle 1 ℳ (50 ₰), Hannover 75 ₰ (40 ₰), Niederrhein 1,50 ℳ (1 ℳ), Krefeld 1,50 ℳ (1 ℳ), Oberpfalz 80 ₰ bis 1 ℳ (50 ₰), Oberbayern 75 ₰ (40 ₰), Pfalz 1 ℳ (50 ₰), Dresden 1 ℳ (50 ₰), Chemnitz 80 ₰ (50 ₰), Baden 80 ₰ (60 ₰), Hessen 1 ℳ (50 ₰), Thüringen 80 ₰ bis 1 ℳ (40 ₰), Hamburg 1 ℳ (50 ₰). — Die eingeklammerten Ziffern gelten für die weiblichen Parteimitglieder. Wo zwei Zahlen angegeben sind, bezieht sich die höhere auf die Stadt- und die niedrigere auf die Landbevölkerung.

Gewerkschaften.

Endgültige Spaltung der französischen Gewerkschaften? Eine Gruppe von Kreisausschüssen und Verbänden der revolutionären Syndikalisten hat am 2. Dezember in dem kommunistischen Parteiorgan, der „Humanite", einen Aufruf zu einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß veröffentlicht. Dieser Aufruf ist ein schroffer Bruch der Statuten des französischen Gewerkschaftsbundes. Die Verfasser des Aufrufes rühmen sich zwar, daß sie zum Schutz der Einheit und der Meinungsfreiheit den Kongreß einberufen, aber der französische Gewerkschaftsbund und die sozialistische Partei haben diese Heuchelei sofort entlarvt. Der Vorstand des französischen Gewerkschaftsbundes sagt in seiner Erklärung: „Die Einberufung dieses Kongresses ist eine Spaltung, deren Schwere und deren Folgen für die Einheit der Arbeiterbewegung sofort hervorgehoben werden müssen. Das Bureau des Gewerkschaftsbundes beschränkt sich im Augenblick darauf, dieses Vorgehen festzustellen und beschließt, den Verwaltungsrat des Gewerkschaftsbundes einzuberufen, der über diese Lage Beschluß fassen wird." — Der Verwaltungsrat hat am 6. Dezember die Erklärung des Bureaus gebilligt und festgestellt, daß die Einberufung dieses statutenwidrigen Kongresses an sich ein Vorgehen sei, das einem Bruch gleichkomme: nur der Bundesvorstand könne über die Einberufung und Abhaltung eines Kongresses entscheiden. „Der Verwaltungsrat ist daher der Ansicht, daß die Organisationen, die einen derartigen Kongreß einberufen haben, sich im Aufruhr befinden gegenüber den ordnungsmäßigen Instanzen des Gewerkschaftsbundes. Er erklärt, daß die Organisationen, die die Initiative dazu ergriffen haben, sich selbst außerhalb des Gewerkschaftsbundes stellen würden, wenn der geplante Kongreß stattfindet." — Es bleibt abzuwarten, ob die revolutionären Syndikalisten den formellen Bruch mit dem französischen Gewerkschaftsbund provozieren werden, von dem die Vorkämpfer des Militarismus und die Gegner der wirtschaftlichen Demokratie in Frankreich jedenfalls mehr Nutzen haben würden als die von den sezessionistischen „Führern" irregeleiteten Arbeiter.

Aus aller Welt.

4½ Millionen Mark Geldstrafen. Die Strafkammer in Kleve verurteilte gestern Goldschieber zu schweren Geldstrafen. Der Landwirt Hermann Heister aus Klein-Netterden, dessen Sohn und der Bäckermeister Bernhard Meyer waren bei einer geplanten Goldverschiebung nach Holland überrascht und verhaftet worden. Bei der Verhaftung Meyers fand man bei diesem noch 425 Zwanzig- und 112 Zehnmarkstücke die jetzt als verfallen erklärt wurden. Wie ermittelt werden konnte, hatte der Landwirt bereits für 25 000 Mk. Goldstücke über die Grenze nach Holland verschoben. Die Strafkammer erkannte in Anbetracht des Motivs der Handlung auf außerordentlich hohe Geldstrafen. Die drei Angeklagten wurden zu je 1½ Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem erhielt Heister noch ein Jahr Gefängnis, sein Sohn drei und Meyer sechs Monate. Der verurteilte Landwirt wurde sofort in Haft genommen.

Genossenschaften.

Die genossenschaftliche Internationale. Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt im November in London ihre erste Sitzung ab. Deutschland war durch Heinrich Kaufmann vertreten. Die Washingtoner Konferenz wurde begrüßt unter dem Ausdrucke der Hoffnung, daß ihre Arbeit baldmöglichst zur Abrüstung der Länder führen werde. Die Exekutive betonte, daß sie dies ausspreche im Namen von 25 Millionen Genossenschaftern der ganzen Welt, deren Vertreter in Basel ihre Hoffnung bekundet hätten, der fürchterliche Alpdruck des Krieges möge nicht alle sechs Monate zum Schrecken für die Menschheit wiederkehren. Bezüglich der Rußlandhilfe wurde eine Abmachung getroffen, daß 25 Prozent der Beträge Georgien zufließen sollen. Bezüglich der Internationalen Genossenschaftsbank wurde die Herausgabe eines Fragebogens an die bestehenden genossenschaftlichen Banken und Bankabteilungen und spätere Einberufung einer Konferenz der genossenschaftlichen Fachleute in Paris oder Brüssel beschlossen. Das „Internationale Genossenschaftsbulletin" wurde auf eine bessere finanzielle Grundlage gestellt; auch hinsichtlich des Umfangs wurden Maßnahmen getroffen. Für die Satzungen wurde der englische Text als maßgebend erklärt.

Theater und Musik.

Hansatheater.

Ein ungemein amüsantes Buch und dazu eine ebenso geistreiche, wie entzückende Musik machen den „Walzertraum" von Oskar Straus zu einem der besseren Singspiele der neueren Zeit. Ein starker sentimentaler Wiener Einschuß steht der Operette ganz besonders gut an. Wer den „Walzertraum" jemals in einer mustergültigen Aufmachung gesehen hat, gewinnt diese Operette lieb. Nun kann man zwar die Aufführung im Hansatheate beim besten Willen nicht al mustergültig ansprechen, aber sie hält sich immerhin auf anständige Höhe. Den Leutnant Niki, den lockende Walzerklänge in der Hochzeitsnacht so magnetisch anziehen, daß er die ihm aufgedrungene Prinzessin sitzen läßt, um mit seinem Freunde Montschi das Nachtlokal aufzusuchen, wo eine Wiener Damenkapelle konzertiert, gab Herr Schüßler etwas zu spießbürgerlich-nüchtern und überdies zu wenig sentimental. Er sang zwar an sich nicht übel, aber seinem Gesange fehlte das Anziehende, das gewisse Etwas. Hela Leffler als Prinzessin Helene wußte beim besten Willen nicht, was sie mit ihren Armen und Händen anfangen sollte; sie waren ihr geradezu im Wege. Auch von ihren an sich nicht schlechten Stimmitteln machte sie keineswegs den besten Gebrauch, so daß sie, im Ganzen genommen, eine starke Enttäuschung war. Recht ansprechend gab Frl. Schöngalla die Franzi. Reinhold Wolf als Graf Lothar, das „lange Seitenlineal", gefiel sich in starken Uebertreibungen. Den Fürsten von Flausenturm spielte Henry Bahl auf die gang und gäbe Serenissimus-Gestalt hinaus und fand damit den üblichen Anklang. Die Tschinellenfifi, die Dame mit der großen Trommel, hatte in Asta Hofer eine drastische Darstellerin gefunden. Zu schemenhaft war Martha Hohenfels als Oberkammerfrau. Kapellmeister Hartzem hatte seine liebe Not, das Schiff durch alle Klippen zu steuern. Das Publikum ließ es an aufmunterndem Beifall nicht fehlen. -o-

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Das leerstehende Haus in Cleverbrück.

Wir geben gerne zu, daß das frühere Brehmersche Haus auf Cleverbrück schon seit dem 1. November 1921 leer steht. Es wurde von einem Herrn aus Berlin gekauft. Er hat Zuzugsgenehmigung erhalten, weil der Verkäufer außerhalb der Gemeinde verzogen ist, und uns somit nicht mit einer Wohnung belästigt hat. Aus diesem Grunde durfte eine Beschlagnahme dieser Wohnung nicht erfolgen. Weil der Käufer in Berlin wohnt, hat er einen Herrn aus Schwartau mit der Vertretung dieses Grundstückes beauftragt. An diesen Herrn sind wir mit der Frage herangetreten: warum der Käufer dieses Hauses die Wohnung noch nicht bezogen hat? Es ist uns erklärt worden, daß die Wohnung renoviert und dann sofort bezogen wird. Wohnungsamt Rensefeld.
K. L. u. L. Sch.

Neue Bücher.

Brockhaus. Der Sturz der Valuta hat eine ungeahnte Steigerung der Herstellungskosten für Bücher im Gefolge. Dies bedingt wieder, daß früher als unveränderlich anzusehende Bezugsbedingungen vielfach Aenderungen erleiden müssen. So ist es auch während des Erscheinens des ersten Bandes des neuen vierbändigen Brockhaus, des ersten größeren Friedenslexikons, erforderlich geworden, den Schlußtermin für Gewährung des wesentlich billigeren Subskriptionspreises etwas früher zu legen als beabsichtigt, und endgültig auf den 10. Januar 1922 anzusetzen. Wer von unseren Lesern sich das unentbehrliche Nachschlagewerk noch zum wesentlich billigeren Subskriptionspreis sichern will, mag von dieser Aenderung Kenntnis nehmen. Die Preise der Bände 2—4 können auch heute noch nicht endgültig festgesetzt werden — bei den schwankenden Marktverhältnissen gewiß verständlich. Der Verlag hat sich aber ausdrücklich verpflichtet, den Subskribenten auch die folgenden drei Bände zu einem um mindestens 10 Prozent ermäßigten Subskriptionspreis zu liefern. Man entscheide sich also bald.

Pazifistische Bücher. (Verlag Friede und Recht, G. m. b. H., Stuttgart, Werfmershalde 18.)

F. Müller-Lyer, Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft. Geb. 34 Mk.

Fr. W. Förster, Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Geb. 28 Mk., brosch. 23 Mk.

Fr. W. Foerster, Bismarcks Werk im Lichte der föderalistischen Kritik. 3 Mk.

Harry Keßler, Der Völkerbund als Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaft nebst den Richtlinien für einen wahren Völkerbund. 2 Mk.

Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. (Der Friedensvertrag von Versailles.) 18 Mk.

S. Lagerlö, Das heilige Leben. Geb. 24 Mk.

W. Lamszus, Das Menschenschlachthaus. Brosch. 6 Mk.

Krapotkin, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. Geb. 19,20 Mk., brosch. 14,40 Mk.

Reinh. Lehmann, Die französischen Volksschullehrer als Schrittmacher der Friedensbewegung. 4,20 Mk.

Urväter der Kommunisten. Die Irrtümer der kommunistischen Politik werden besonders deutlich, wenn man sie mit den Schwärmereien des Kommunismus im Mittelalter und in den Anfängen der neueren Zeit vergleicht; man sieht dann, wie das, was die Kommunisten, von Rastlosigkeit, Schwärmerei und explodierender Raufluft getrieben, heute beginnen, nichts anderes ist als eine schale Wiederholung von Ideen, Sehnsüchten und auch damals bereits mißratenen Versuchen, wie sie in langer Reihe, bald mitleiderregend, bald grotesk, bald voll Verheißung durch die geschichtliche Forschung sowohl im Altertum wie im Mittelalter und in den Anfängen der Neuzeit festzustellen sind. Eine ausgezeichnete Darstellung dieser kommunistischen Urbilder gibt M. Beer in seiner „Allgemeinen Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe". Der dritte Band dieser mit großer Kenntnis, überraschender Konzentration und mitreißender Gestaltungskraft geschriebenen Geschichte ist (im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68) soeben erschienen. Er führt uns von der Liquidation des Mittelalters zum Aufstieg der neuen Wirtschaft und zeigt, wie solcher Wandlungsprozeß sich unter starken ebenso religiös wie sozial durchpulsten Kämpfen vollzog. In dramatischer Heftigkeit erleben wir die Bauernkriege in den verschiedenen Ländern Europas und deren Zusammenbruch. Dann hören wir von den gelehrten Utopien, von Thomas Morus und Lord Baco, von Thomas Camponella und Vatrasse d'Allais, und wiederum von der Verdunstung solcher bürgerlichen Vorstellungen vom Kommunismus, die merkwürdigerweise gerade die Vorläufer von der theoretischen Festigung des Privateigentums geworden sind. Auch dieses dritte Bändchen der Beerschen Geschichte schafft jene Distanz zu den Problemen des Sozialismus und im besonderen des Kommunismus, jene Distanz, die niemandem notwendiger ist als dem Politiker der Gegenwart, der Traum und Wirklichkeit Ersehntes und Erreichbares zu trennen wissen muß.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten", Johannisstr. 46.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Komitee für Sylvesterfeier.
Sitzung am Sonnabend, 17. Dez. präzise 7 Uhr im Parteisekretariat. (10623

Arnold Frieburg
Emma Frieburg
geb. Schaper
Vermählte.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken herzlich
10589) D. O.

Jg. Mann s. sof. Logis, a. l. Holstent. o. Stadt Ang. u. J M a. d. Exp. (10613)

Gr. Puppenküche mit Einr., und Weingmach. z. verk. (10586 Schwart. Allee 94 a.

Grude u. hübsche Zelluloidpuppe pr. zu verk. 10599) Grevesadenstr. 12, I.

Schön. Nähtisch bill. z. vk. 10604) Karpfenstr. 24.

Spielzg. f. Knab. z. vkf. (10568) Alte Irrenanst. 20.

Gut erh. Kindertisch u. 2 Kinderstühle bill. z. vk. Kronsf. Allee 110 II., r (10587)

Echter Schaferh., rauhh. schw. Pinscher, beide 9 Mon., z. verk. (10590 Siedl. Brandenbaum 7

Ferkel verk., schwarzb., v. Schwart. Allee nach Moisling. Gef. Bel. abz. Moisling, Mendorfer Straße 117. (10622)

Transp. Ferkel steht zum Verkauf. Strampfers Gasthof, Schwartau. (10573

Prima Ferkel sind morgen von 8—4 Uhr zu verkaufen. 10615) Moisling, „Zur alten Post".

8 k. gel. Kuchenschr. m. A. Off. u. P. W. a. d. Exp (10592

Margarine billiger
℔ 24.— und 28.—
Weiß. Schmalz ℔ 28.—
Feigen . . . . ℔ 16.—
Wallnüsse ℔ 16.— u. 19.50
Haselnüsse . . . ℔ 17.—
Rosinen o Stein ¼ ℔ 6.50
Korinthen ¼ ℔ 3.50 u. 4.50
Sirup zum Backen ℔ 4.80
Eduard Speck
Hagenstraße 80/84. (10610

Zu Weihnachten!
Große Posten Normal und Parchend-Hemden 58.— Mk., feldgraue, Pilot- und Manchester-Hosen billig. Herren-Anzüge 390.—, 650.—, 780.—, Damen-Tuch-Kleider mit Pelz 390.— Mark, Mäntel billig Hemden-Flanelle und Tuche. (10616
Kaufhaus
Franz Wenzendt
Balauer Allee 35.

Prima Grubekoks wieder vorrätig.
Adolf Borgfeldt, Mühlenstr

Schwarzkurz und weiße Pfefferküsse Marzipan usw. 10618
empf. zu Weihnachten
Fr. Bahrs, Schwartau. Saulur. 2.

Ich liefere so lange Vorrat reicht
Ia. Brechtorf
für Mk. 11.— ab Lager
Friedrich Ihlke
Gerbelplatz 2.
10585) Telef. 1384/8289.

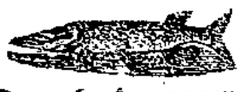
Haltb. Hosenträger
Herrenwäsche
Krawatten 10571
in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Moy & Edlich) i. Fabrikpr.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

Billig! Billig!
Schweineschmalz Pfd. 25 M.
Leberwurst Pfd. 10, 15, 22 M.
Landeier Stck. 3.5 M.
Nur bei
H. Eckmann,
Warendorpstr. 8. (10588

Riesen-Flohm- (10593
Heringe
Stck. 80 Pfg.
J. Borgwardt,
Kronsf. Allee 29. F. 1109.

Feiernalber bleibt mein Lokal am Sonnabend, dem 17. d. Mts. geschlossen.
H. Oldenstädt, Ravensbusch.

Ia. Bratenschmalz, vorzüglich zum Backen, Pfund . . . . 24 Mk.
Ia. Margarine Pfd. 24 (10580) 25 und 27 Mk.
Reines Weizenmehl, Pfund . . . 5.40 Mk.
Ia. Feigen . Pfd. 12.—
Sämtliche Weihnachtsartikel sehr preiswert.
Joh. Schwabloh Nachfl., Moisling. All. 33-33a


Sonnabend morgen:
frische Seefische.
Fischkarbonade, Heilbutt, Rotzungen, Kabeljau, prima frische Brachsen, lebd. holst. Karpfen und Barsche.
Johs. Boy.
Marktgallenstand 46/47
Fernruf 8375. (10620

Achtung,
Sparklubs!
Sparkassen-Bücher
in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Kar. Labitz, Böttcherst. 16
Fettes Rindfleisch ℔ 8.—
Bratenstücke ℔ 9.—
Beefsteak u. Rollfl. 12.—
Schweinefleisch ℔ 21.—
ausgel. Talg „ 24.—
ganz dick. ger. Speck 26.—
(10591

Die Abtreibung der Leibesfrucht
v. n Univ.-Professoren
A. Grollahn u. G. Rambruch
Wichtig für Eheleute, Aerzte und Hebammen!
Preis M. 2.—
Zu beziehen durch die
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50

Kaufen Sie jetzt!
Wir sind billig!

Ein Posten **Starke Arbeitsstiefel**
198.00, 290.00, 310.00
1. Posten starke Schaftstiefel **325.00**
Starke Kinderstiefel (10605)
98.00 125.00 160.00
Starke Damen-Spangen- und Halbschuhe **175.00**
Warme Hausschuhe, Pantoffel usw.

1 Posten stark. feldgr. Hose	178.- 198.-
„ Arbeitshosen	108.-
„ warm. Lodenjoppen	185.-
„ schwarze stark. Hosen	190.-
„ Gummimäntel	445.-
Schicke blaue Anzüge, Kamgarn, 1- und 2reihig	1075.-

Warme Unterzeuge, Hüte, Wäsche.

Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
Ausrüstungen und Berufskleidung.

Pa. fette Gänsebraten . . . Pfund **9.–**
Prima fettes Rindfleisch . Pfund **12.–**
Fr. Hahn Pfd. **13.–** **Kalbfleisch** Pfd. **14.–**
Rollfleisch und Beefsteak . Pfund **15.–**
O. Stöver, Wahmstr. 22. Tel. 2133
(10607

Beckergrube 18, I.

Großhandel **Lübecker Edel-Metallhaus** Kleinhandel

M. Redner & Co.
Beckergrube 18 I. Teleph. 3422.
Die erste Absatzstelle am Platze

Augen auf!
Trotz des Dollarsturzes
haben wir Auftrag, die höchsten Tagespreise zu zahlen für nachfolgende Gegenstände aus:

Gold, Platin, Silber,
sowie Brillanten, Gebisse, Uhren und Schmucksachen aller Art.

Durch größeren Abschluß überbieten wir 10576
jede Konkurrenz!

Vorsicht beim Verkauf! Vorsicht beim Verkauf!

Kanin-, Hasen-, Katzen-, Fuchs-, Marder-, Iltis-Felle, sow. Rauchwaren kauft zu den höchsten Marktpreisen. (10575
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy,
Sandstraße 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Grudekoks
Briketts
Westfälischer Brechkoks
in nur guter Ware vorräig ab Lager und frei Haus.

Empfehle garantiert trockenes
Brennholz
Tannen, Birken, Buchen und Eichen,
jede Menge sofort lieferbar. (10608
Bestellungen werden reell u. schnellstens erledigt.

Johs. Mustin
Holz- u. Kohlenhandlung.
Barnbrookstr. 14–22. Fernspr. 2740.

Wir empfehlen zum Abonnement
Die Neue Zeit
Wochenschrift
der Deutschen Sozialdemokratie
Preis für das Heft M. 1.50
Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwicklung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolportageuren entgegengenommen

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Dargel-Blie

10606

Holstenstraße 16
anbietet für den Weihnachts-Bedarf
praktische Geschenk-Artikel

Herren-**Ober-Hemden**
Herren-**Tag-Hemden**
Herren-**Nacht-Hemden**
Herren-**Normal-Hemden**
Herren-**Normal-Hosen**
Promenaden-**Herr.-Gamaschen** in vielen Farben
44.00 Mk.

Preiswerte **Woll-Schals**
Sehr gute **Herren-Socken**
Erstklassige **seid. Krawatten**
Neue **Strick-Krawatten**
Erstklassige **Cutaway-Westen**
Sehr vorteilhafte **Herren-Hüte** neue Formen
49.00 Mk.

Blusen in Crepe de Chine
Reinseidene **Messaline-Blusen**
Seidene **Trikot-Jumper**
Reinwollene **Trikot-Jumper**
Schweizer **Volle-Blusen**
Flanell-**Hemd-Blusen** beste Wäscheverarbeitg.
85.00 Mk.

Sehr gute **Damenwäsche**
Vorteilhafte **Taschentücher**
Erprobte **Strumpfwaren**
Trikot- und Seiden-**Schlüpfer**
Erprobte **Regenschirme**
Reinwollene **Cheviot-Kleider** solide Qualitäten, von
245.00 Mk.

Für den
Weihnachtsbedarf
empfehle in nur reellen Qualitäten zu billigsten Preisen.

Hemdentuche, grob und feinfädig,
Rohnessel, 70, 80 und 90 cm breit,
Bettbezüge, weiß und bunt,
Bettuch, Halbleinen,
Hemden- und Kleider-Barchent,
Hauskleiderstoffe,
Schürzenstoffe,
Blusenstoffe,
Piqué-Barchent für Nachtjacken,
Handtücher,
Normal-Unterzeuge,
Futterhosen,
Kinder-Schürzen in allen Größen,
Damen-Schürzen, bunt und gestreift,
Herren- u. Damen-Westen, gestreift,
Reinwollene Umschlagtücher,
Dam.-Strümpfe in Baumw., Wolle, Flor,
Kinder-Strümpfe in Wolle u. Halbw.,
Herren-Socken in Wolle u. Halbwolle,
Herr.-, Damen-, u. Kinder-Handschuhe.

Spielwaren
Christbaumschmuck
Parfümerien • Seife • Haarspangen • Kämme
in großer Auswahl.

ERNST BERNDT
Stockelsdorf. (10600
Sonntag bis 7 Uhr geöffnet.

Hut-Trost
Jetzt nur **Königstraße 123** b. d. Mühlenstraße.

Praktische und billige
Weihnachts-Geschenke:

Moderne Welchhüte	von 65 Mk. an.
Prima Velourhüte	von 195 Mk. an.
Echtblaue Tuchmützen	von 42 Mk. an.
Beamtenmützen aller Art	60 Mk.
Seidenbinder	von 18 Mk. an.
Gummi-Hosenträger	24 Mk.
Dauerwäsche „Zelida“.	

10609
Marga Trost.

Lichtspiele
Fünfhausen 17/19.
Ein Prachtprogramm!

Der gr. Original amerik. Wild-West-Film!
Am Marterpfahl
6 Akte aus dem „Tal der schwarzen Berge“, d. Wohnstätte d. gefürchteten Sioux-Indianer. Fieberhaft spannende in sich abgeschlossene Handlung. Kein unnötig in die Länge gezogener Fortsetzungsfilm!

Wer die Wahl hat Ein glänz. Lustspiel. | **Henny Portens Hochzeit!**

Mia May
in dem Schauspiel in 7 Akten nach dem Drama „Das Geständnis“ von Ernst Vadja:
Die Schuld der Lavinia Morland“
Für den Film bearbeitet von Joe May und Wilh. Aufpitzer.
Ein Kunstwerk der Kinematographie allerersten Ranges!

Angenehmer Aufenthalt! Gut geheizt!
Beginn der Vorstellungen: (10596
Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Beginn der letzten Abendvorstellung: 8 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Bezirksverein Lübeck.

Sonnabend, den 17. Dezember:
Weihnachtsfeier
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Saalöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
Kinderbescheerung von 7—9 Uhr.
Eintreffen des Weihnachtsmanns 8¼ Uhr.
Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.
10597) Das Festkomitee.

Hodermann.
Morgen Sonnabend:
Gr. Extra-Konzert
mit verstärktem Orchester. (10611
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

Ausstellung u. Verkauf
der Zentrale für private Fürsorge
bei der Firma: Spille & v. Lühmann, Sandstraße
Geöffnet täglich
von 9—12½ und 3—5½ Uhr. (10583

Zentrale für private Fürsorge.
Auszahlung für die verkauften Gegenstände
Sonnabend, den 17. Dez. 9—1 und 3—6 Uhr A—K
Montag, den 19. Dez. 9—1 und 3—6 Uhr L—Z
Abt. Handarbeiten: Königstraße 19.
Abt. Hausrat und Antiquitäten: Sandstr. 17-19
bei Spille u. v. Lühmann. 10584

Margarine billiger!
feinste Tafel ℔ 23.50
Neue Feigen ℔ 12.00
Tannenbaumlichte Stück 20 Pfg. 10614
J. H. Drews
Karpfenstraße 27a.

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 16.—23. Dez.:
Goliath Armstrong
Der Herkules der schwarz. Berge. (10594
Das Haus der tausd. Gefahren.
Die Fremde aus der Elstergasse.
Nach d. Roman „Stern Nr. 300“ von Erich Ebenstein.
Drama in 6 Akten.
Außerdem der amerikanische Groteskkomiker **Charlie Chaplin** in seiner urkomischen Filmposse.
Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen.

Volkshochschule.
Sonnabend, 17. Dezbr., ab 8 Uhr im Johanneum:
VORTRAG
Paul Hintze:
Theodor Storm. der Mensch und der Dichter.
Eintritt für Hörer frei, Nichthörer 1 Mk. (10619

Preis-Skat
Sonntag, den 18. Dezbr. nachmittags 4 Uhr (10621
Polierkrug.

Hansatheater.
Heute, (10581
Freitag, 7½ Uhr:
Zum 40. und letzten Male: „Fri. Puck“
Sonnabend, 7½ Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3 Uhr, zu kleinen Preisen (Mk. 1.50 – 8.00): **Frau Holle.**
Abends 7½ Uhr: Zum ersten Male. **Das Milliardensouper.**
Montag, 19. Dezbr., 7½ Uhr: Unwiderruflich **letztes** Gastspiel der Hamburger Kammerspiele zu bedeutend ermäßigten Preisen. **Reigen.**

Stadttheater Lübeck
Freitag, 16. Dezbr. 7.30 Uraufführung! **Die schönste Prinzessin.** Weihnachtsmärchen v. G. Deecke. (Auß. Abonnement.) Ermäß. Pr.
Sonnabend, 17. Dez. 3.00 **Die schönste Prinzessin.** Ermäß. Pr. 7.30, 9. Abonn.-Vorst. **Die Fledermaus.**
Sonntag, 18. Dez., 2.10 5. Fremden-Vorst. **Die Walküre.** (10582
7.30. 3. letzt. Male **Pottasch und Perlmutter.** Hierauf: **Zaira.** Ballettpantomime. Musik von Rimsky-Korsakow.
Montag, 19. Dez. 7.30 Uhr **10. Volksk. Konzert.** Auf vielfachen Wunsch Reger: Mozart-Variationen, Beethoven Egmont-Ouvertüre.